

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Gerd Langguth

Protest von links

Die Studentenbewegung in der  
Bundesrepublik Deutschland  
1967 – 1976

Karl-Josef Does

Abschied vom Protest  
oder Ruhe vor dem Sturm?

Studenten und Politik  
in der Bildungskrise

B 12/77

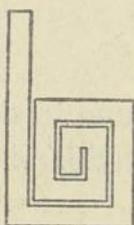
26. März 1977

**Gerd Langguth**, Dr. phil., geb. 1946 in Wertheim/Main; Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie, Staatsrecht und Geschichte in Bonn; 1970—1974 Bundesvorsitzender des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS); 1971—1977 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU; 1975 Lehrbeauftragter für Soziologie an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung in Stuttgart; seit 1975 Leiter des Stuttgarter Bildungswerks der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; seit 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages (Wahlkreis Eßlingen/Baden-Württemberg).

Veröffentlichungen u. a.: Aspekte zur Reformpolitik, Mainz 1971; Protestbewegung am Ende, Mainz 1971; Offensive Demokratie, Stuttgart 1972; Bildungsreform — konkret (zus. m. P. Hintze), München-Wien 1973; The „Anti-Zionist“. New Left in West Germany, in: The Wiener Library Bulletin, London und Reading 1973/1974; Schulkampf als Klassenkampf, Bonn 1975; Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1969—1976, Köln 1976.

**Karl-Josef Does**, Diplom-Volkswirt, geboren 1946 in Nievenheim/Dormagen; Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Wirtschaftswissenschaften in Köln; zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung; Forschungsschwerpunkte: Wahlforschung, politische Sozialisation.

Veröffentlichung u. a.: Tendenzwende in der politischen Orientierung der Jugend? Zur Stabilität von politischen Einstellungen Jugendlicher, in: Material zu Problemen der Jugendpolitik, Bonn 1975.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,  
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Protest von links

Die Studentenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland  
1967—1976

## I. Einige Gründe des Protestes

Die studentische Protestbewegung stellte ein Phänomen aller westlichen Länder dar. Sie nahm ihren Ausgang von Berkeley/Kalifornien, verbreitete sich eruptiv in allen Ländern des Westens und stellte zumindest für die Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wohl das wichtigste innenpolitische Ereignis langfristiger Bedeutung dar<sup>1)</sup>. Über den SDS, den eigentlichen Promoter dieser Bewegung, und die „antiautoritäre Phase“ bis in das Jahr 1970 gibt es eine Fülle von Veröffentlichungen<sup>2)</sup>.

Aber die Zeit nach der Auflösung des SDS am 21. März 1970 fand nur in sehr wenigen Untersuchungen Berücksichtigung<sup>3)</sup>. Die Studien,

die sich mit der Zeit nach 1970 auseinandersetzen, haben in der Regel nur Einzelaspekte aufgegriffen.

So wichtig die Frage nach dem Verlauf der Protestbewegung und ihrer einzelnen Stationen ist, so hat auch heute nach wie vor die Frage brennende Aktualität, warum weite Teile der jungen Generation in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre „auf die Barrikaden“ gingen, warum beispielsweise nach einer Meinungsumfrage des Bielefelder Emnid-Instituts als potentieller Resonanzboden für Aktionen des SDS der Bereich der „jungen Intelligenz“ (Oberschüler, Abiturienten, Studenten im Alter von 17 und 25 Jahren) von 70 % der Befragten angesehen wurde<sup>4)</sup>.

In der gleichen Umfrage wurde festgestellt, daß um die Jahreswende 1968/69 immerhin nahezu zwei Drittel dieser „jungen Intelligenz“ dem Parteiensystem in gewisser Weise mit Mißtrauen gegenüberstanden und von ihm unbefriedigt waren, daß auch marxistische bis hin zu kommunistischen Sympathien im Juli 1968 bei einem Drittel, im Dezember 1968 noch bei 28 % der Befragungsgruppe festzustellen waren — trotz des inzwischen erfolgten Einmarsches Warschauer Pakt-Truppen in die ČSSR. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß diese Umfrage im Umfeld von Obereschülern und Studenten vorgenommen wurde,

kampf — Studentenbewegung in der BRD seit 1967, Hamburg 1974; Bilstein/Binder/Elsner/Klose, Organisierter Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1974; Hartmut Weyer, MSB Spartakus — Von der studentischen Protestbewegung zum Klassenkampf, Stuttgart 1973; Hans Josef Horchem, Extremisten in einer selbstbewußten Demokratie — Rote Armee-Fraktion — Rechtsextremismus — der lange Marsch durch die Institutionen, Freiburg/Basel/Wien 1975; Hans Manfred Bock, Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland, Frankfurt 1976.

<sup>4)</sup> Emnid, Bielefeld, Junge Intelligenzschicht, 1968/1969, Bielefeld, Juni 1969.

<sup>1)</sup> Eine ausführliche Darstellung zum Thema hat der Autor vorgelegt in seiner Studie: Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968—1976, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1976.

<sup>2)</sup> S. u. a. René Ahlberg, Die politische Konzeption des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, in: Schriften der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1968; Klaus R. Allerbeck, Rosenmayr, Leopold, Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie, München 1971; Hans Dollinger, Revolution gegen den Staat? Bonn/München/Wien 1968; Gerd Langguth, Protestbewegung am Ende — Neue Linke als Vorhut der DKP, Mainz 1971; Richard Löwenthal, Der romantische Rückfall, Stuttgart 1970; Mager/Spinnarke, Was wollen die Studenten? Frankfurt 1967; Erwin K. Scheuch, Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, Köln 1968; H. J. Schoeps/Chr. Dannemann, Die rebellischen Studenten, München und Esslingen 1968; Wulf Schönbohm/Jürgen Bernd Runge/Peter Radunski, Die herausgeforderte Demokratie, Mainz 1968; Alexander Schwan/Kurt Sontheimer, Reform als Alternative, Köln und Opladen 1969; Andreas von Weiss, Die neue Linke, Boppard 1969.

<sup>3)</sup> Siehe hierzu vor allem: Bernd Guggenberger, Wohin treibt die Protestbewegung, Freiburg i. Br./Basel/Wien 1975; Klaus R. Allerbeck, Soziologie radikaler Studentenbewegungen, München-Wien 1973; Jürgen Klüver/Friedrich W. Wolf, Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis, Frankfurt 1973; Margaret Kukuck, Student und Klassen-

während im nichtakademischen Bereich eindeutig andere Umfrageergebnisse zustande kamen<sup>5)</sup>.

Während sich beispielsweise 36 % der Studenten im Januar/Februar 1968 und sogar 53 % im Juni/Juli 1968 an Demonstrationen beteiligten, waren lediglich 5 % der nichtakademischen Jugend zu diesem Zeitpunkt an einer politischen Demonstration beteiligt. Zwar wurde seinerzeit in den Medien immer wieder von einer „Revolte der Jugend“ gesprochen, dabei aber meist vergessen, daß es sich bei den entsprechenden Aktivitäten vielfach lediglich um Studenten und Oberschüler handelte, wobei die rund 300 000 Studenten an den wissenschaftlichen Hochschulen im Jahre 1968 noch keine 10 % der gesamten Altersgruppen ausmachten, aus denen sie sich rekrutierten<sup>6)</sup>. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Demonstrationen im Bereich der nichtakademischen Jugend in den darauffolgenden Jahren zunahm.

Interessanterweise gibt es zwar eine Fülle von Meinungsumfragen, die sich mit Fragestellungen in der Studentenschaft und auch der jungen Generation insgesamt befassen, jedoch gibt es noch keine überzeugende wissenschaftlich-empirische Analyse über den soziologischen Background der an der Protestrevolte Beteiligten. Es liegen nur ungenügende und teilweise im Bereich der Spekulation sich bewegende Aussagen über Fragen des sozialen Status wie familiärer Hintergrund etc. vor. Die jedenfalls häufig vorgetragene Äußerung, die studentische Protestbewegung sei eine Art neuer Jugendbewegung, ist insoweit nicht zutreffend, als die empirischen Daten ein hohes Maß politischer Übereinstimmung zwischen Studenten und ihren Eltern nachweisen. Somit läßt sich die Studentenrevolte nicht mit Generationskonflikttheorien allein erklären<sup>7)</sup>. Die für die Vereinigten Staaten gefundenen empirischen Daten<sup>8)</sup> lassen ebenfalls keine Unterstützung

für die These finden, daß studentische Rebellion ein Aufstand gegen die Elterngeneration sei. Vielmehr stellt die studentische Rebellion bei vielen Beteiligten eher das Bemühen dar, die politische Tradition des Elternhauses in einer anderen Zeit, mit anderen Methoden, aber doch insgesamt fortzusetzen. Sicher wäre es falsch, diese These zu generalisieren, da es sehr häufig Beispiele für solche Studentenrevolutionäre gab, die in einem ausgesprochenen politischen und persönlichen Gegensatz zum Elternhaus standen, ja, die teilweise sogar ihre politische Betätigung als einen bewußten Protest auch gegen die durch das Elternhaus erfahrene vorgebliche Unterdrückung empfanden. Max Kaase spricht zu Recht davon, daß die bisher vorliegenden Umfrageergebnisse, wonach mehr als 60 % der Studenten über Auseinandersetzungen mit ihren Vätern berichten, noch keine Aussage darüber erlaubt, ob es sich bei der studentischen Protestbewegung um einen Generationenkonflikt handelt. Kaase hält es für klar erkennbar, „daß sich hier keine Anti-Reaktion der Jungen gegen die Alten aufgebaut hat, in der die Jungen immer gerade die Gegen-Werte des Elternhauses übernehmen: Die statistischen Beziehungen zwischen den jeweiligen Variablen sind ja nicht negativ, sondern eher insignifikant.“<sup>9)</sup>

Die Protestbewegung überrannte förmlich die gesamte westliche Welt und kam auch gerade für Jugendsoziologen außerordentlich überraschend. So erklärte Schelsky noch 1963, die junge Generation würde sich kaum als anfällig für radikale und revolutionäre Ideologien erweisen: „Aber was sich auch ereignen mag, diese Generation wird nie revolutionär in flammender kollektiver Leidenschaft auf die Dinge reagieren. Sie trägt kein Bedürfnis in sich, elitäre Gemeinschaften zu stiften oder Ordnungsprinzipien zu verwirklichen. Sie wird alles Kollektive ablehnen, ohne daraus ein Gegenprogramm zu machen.“<sup>10)</sup>

Auch Ludwig von Friedeburg meinte noch 1965 zum Thema Jugend: „Überall erscheint die Welt ohne Alternativen, paßt man sich

<sup>5)</sup> Siehe hierzu entsprechende Statistiken in: Max Kaase, Die politische Mobilisierung von Studenten in der Bundesrepublik, in: Klaus R. Allerbeck/Leopold Rosenmayr (Hrsg.), Aufstand der Jugend München 1971, S. 171 ff.

<sup>6)</sup> Ebd., S. 161.

<sup>7)</sup> Klaus R. Allerbeck, Eine sozialstrukturelle Erklärung von Studentenbewegungen in hochentwickelten Industriegesellschaften, in: Allerbeck/Rosenmayr, Aufstand der Jugend, a. a. O., S. 181.

<sup>8)</sup> Siehe hierzu: Kenneth Keniston, Neue empirische Forschungen zu den Studentenrevolten: Die amerikanische Studentenbewegung, in: Allerbeck/Rosenmayr, Aufstand der Jugend, a. a. O., S. 93.

<sup>9)</sup> Max Kaase, Die politische Mobilisierung von Studenten in der BRD, a. a. O., S. 163; Kaase stellte fest, daß bei den Jugendlichen die Parteienidentifikation des Vaters und die eigene Parteipräferenz in über 80 % übereinstimmen, währenddessen die entsprechende Übereinstimmungsrate bei Studenten unter 40 % liegt.

<sup>10)</sup> Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf-Köln 1963, S. 381.

den jeweiligen Gegebenheiten an, ohne sich zu engagieren und sucht sein persönliches Glück in Familienleben und Berufskarriere. In der modernen Gesellschaft bilden Studenten kaum mehr ein Ferment produktiver Unruhe. Es geht nicht mehr darum, sein Leben oder gar die Welt zu verändern, sondern deren Angebote bereitwillig aufzunehmen und sich in ihr, so wie sie nun einmal ist, angemessen und distanziert einzurichten.“<sup>11)</sup>

Zwar war die Studentenrevolte sozusagen aus Amerika „importiert“, doch waren für die Bundesrepublik noch eine Reihe eigener Faktoren maßgebend, die insgesamt dazu führten, daß hier die Auseinandersetzung zum Teil sehr viel deutlichere Formen annahm, als dies beispielsweise in den Vereinigten Staaten der Fall war. Denn die Protestrevolte in der Bundesrepublik muß auch vor dem Hintergrund einer politischen Situation gesehen werden, die als Folge des Zweiten Weltkrieges interpretiert werden muß. Diese Situation war gekennzeichnet besonders durch eine Entpolitisierung weiter Teile der Bevölkerung, ferner auch durch ein aus dem notwendigen Wiederaufbau heraus resultierendes und an materialistischen Vorstellungen orientiertes Effizienzdenken. Insbesondere aber mußte das Fehlen einer demokratischen Tradition konstatiert werden. Das mangelnde Selbstverständnis hinsichtlich demokratischer Traditionen führte so beispielsweise zu vagen Vorstellungen wie Rätedemokratie und zur Ablehnung bestimmter im Grundgesetz vorgesehener institutioneller Formen der Demokratie — dies, obwohl sehr viele Anhänger der Protestbewegung durchaus von der subjektiven Überzeugung getragen waren, daß sie durch ihre Beteiligung an Protestaktionen der Demokratie nutzten. Dieses Fehlen einer demokratischen Tradition zeigte sich vor allem bei einer jungen Generation, die keine eigenen Erfahrungen mit dem Totalitarismus rechter oder linker Couleur machen konnte, die also auch sehr viel unbefangener den Ländern des Ostblocks gegenüberstand. Gleichwohl war die Protestrevolte zumindest in den sechziger Jahren nicht — wie ihr in Diskussionen häufig vorgeworfen wurde — eine Bewegung, die die Verhältnisse im Ostblock verherrlichte, sondern die sich gleichermaßen vom westlichen Lebensstil und westlicher Gesellschaftsordnung wie vom östlich-kommunistischen System distanzierte.

<sup>11)</sup> Ludwig von Friedeburg, *Jugend in der modernen Gesellschaft*, Köln/Berlin 1965, S. 18.

Die breiteste Basis erhielt die Protestbewegung zu Zeiten der Bildung der Großen Koalition im Jahre 1967, die bei vielen stark links orientierten Studenten zu der Auffassung führte, daß die SPD keine grundsätzliche Alternative zur CDU, die schon zwanzig Jahre die politische Macht besaß, darstelle. Viele dieser linksorientierten Studenten verloren deshalb ihren Glauben an politische Veränderungen auf dem dafür im Grundgesetz vorgesehenen parlamentarischen Wege. Nachweisbar führte die Bildung der Großen Koalition bei einer Reihe einflußreicher Mitglieder der Protestbewegung zu einer Radikalisierung, zu einer Abkehr von der im Grundgesetz verankerten Demokratie. So sind auch die Aussagen von Erdmann Linde, der aus dem früheren Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) kommt, zu verstehen, der die Auswirkungen der Großen Koalition wie folgt beschreibt: „Jene Teile der außerparlamentarischen Opposition, die schon immer der absoluten Verdammung der SPD das Wort geredet hatten, sahen sich nun in ihrer Meinung bestätigt, daß diese Partei sich nun als Agentur der CDU/CSU und der von ihr betriebenen Formierungspolitik enthüllen werde.“<sup>12)</sup>

Ein spezielles Moment für die Bundesrepublik stellte jedoch im Vergleich z. B. zu den Vereinigten Staaten die Tatsache dar, daß in der Bundesrepublik eine marxistische Tradition aus der Zeit der Arbeiterbewegung noch teilweise lebendig ist, die in anderen Ländern in diesem Ausmaß nicht bekannt ist. Aus diesem Grunde konnten von seiten der bundesrepublikanischen Protestbewegung Versuche unternommen werden, an diese marxistische Tradition — speziell der Arbeiterbewegung — anzuknüpfen.

Generell zeigt das rasche Entstehen der Protestbewegung, daß offensichtlich die in der Bundesrepublik verankerte Demokratie nicht in genügendem Maße in der Lage war, weiten Teilen der jungen Generation eine Wertorientierung zu bieten. Der Berliner Politologe Richard Löwenthal führte hierzu treffend aus: „Die kämpferische Haltung der jungen deutschen Intellektuellen von heute, ihre radikale Kritik an der modernen Industriegesellschaft entwickelt sich ... auf dem Boden eines nur allzu deutlich durchscheinenden Kulturpessimismus. Hinter der Erneuerung der radikalen Utopie wird eine Grund-

<sup>12)</sup> Erdmann Linde, *SPD und Außerparlamentarische Opposition*, in: *Der Monat*, Heft 239, August 1968.

stimmung von Verzweiflung erkennbar, hinter der Glaubenssehnsucht nicht selten ein Nihilismus, dem die humanistischen Werte unserer Zivilisation als bloße Heuchelei erscheinen.“<sup>13)</sup> Es fand ein weitgehender Umbruch tradiert Wertvorstellungen in den verschiedenen Bereichen statt, der zudem durch zunehmenden Leistungsdruck als einer Erscheinung einer modernen Industriegesellschaft vorangetrieben wurde<sup>14)</sup>.

Diese Umdeutung der Werte, die auch zu einer Relativierung des Einflusses spezifischer christlicher Normen und damit auch der Institution Kirche führte, traf die führenden Repräsentanten unserer Gesellschaftsordnung zumeist unvorbereitet, was zusätzlich zu einer Autoritätskrise führte. Für den Hochschulbereich speziell kam hinzu, daß die Hochschulen dem Massenansturm nicht mehr gewachsen waren und vor allem Lehrende „unpolitischer“ Fachwissenschaften sich häufig vor Fragen politischer Verwertung der Forschungsergebnisse gestellt sahen, ohne darauf antworten zu können.

Da die Frage nach dem Minimalkonsens in unserer modernen Gesellschaft nicht befriedigend beantwortet werden konnte, wurden viele intellektualisierte Jugendliche auf die Seite eines zunächst noch sehr vagen Marxismus gebracht. Denn mit dem Marxismus wurde ein geschlossenes Wertesystem geboten, eine Wertevermittlung, wie sie durch die bisherigen politischen Eliten nicht vorgenommen wurde. Die große Ausstrahlungskraft der Protestbewegung war nicht zuletzt auch deshalb möglich, weil die meisten führenden Repräsentanten unserer Gesellschaft zu einer Grundwertediskussion nicht in der Lage waren. Vor allem gelang es ihnen nicht, auf einen Minimalkonsens — jener gemeinsamen Grundlage aller demokratischen Kräfte — überzeugend hinzuweisen. Es gelang nicht der Nachweis auf die geistigen Grundlagen unserer Demokratie, die von den Ideen der Volkssouveränität, Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit ausgeht und die von daher auch das Prinzip des gesellschaftlichen Pluralismus als konstitutives Moment anerkennt. Es wurde weiten Teilen der jungen Generation nicht überzeugend aufgezeigt, daß unsere Demokratie aufbaut auf dem Konfliktmodell von der Gesellschaft, d. h., daß der Konflikt, die politische

Auseinandersetzung verschiedener Weltanschauungen, Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt darstellt. Es gelang nicht darzustellen, daß erst eine offene Gesellschaft, die von dem Gedanken des politischen Wettbewerbs ausgeht, Freiheit und soziale Gerechtigkeit gewährleistet.

Zweifelsohne hatten diese Fragen zu Zeiten des Wiederaufbaus der Bundesrepublik, in denen die gemeinsamen Zielsetzungen eines überwiegenden Teiles der bundesrepublikanischen Bevölkerung jedermann offensichtlich waren, nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Die Studentenrevolte brach erst nach der Phase des Wiederaufbaus der Bundesrepublik aus — zu einem Zeitpunkt zudem, als ein offensichtlicher Rückgang der Ost-West-Spannungen sichtbar schien.

Insofern war die studentische Revolution keine Revolution von Angehörigen eines ‚Proletariats‘, zumal die Protestbewegung gerade während einer Zeit des sogenannten Wohlstandes ausbrach. So erklärte Frank von Auer, früherer Bundesvorsitzender des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD), der sich zeitweise ganz mit der antiautoritären Position des SDS identifizierte: „Aber die Neue Linke hier steht vor anderen Problemen als die Befreiungsbewegungen in Asien oder Lateinamerika. Unsere Aufgabe ist die Befreiung in einer Überflußgesellschaft.“<sup>15)</sup> Die meisten studentischen Revolutionäre mußten hinsichtlich ihrer eigenen ökonomischen Ausgangsposition keineswegs eine Verelendung befürchten. Insofern war der Studentenprotest keine Revolution von Angehörigen unterprivilegierter Gruppen. Viele an der Protestbewegung Beteiligte waren vielmehr von einem sozialen Idealismus geprägt, der zumindest zeitweilig ein außerordentlich intensives politisches Engagement hervorrief.

Eine wichtige Rolle spielte der Vietnamkrieg und ein daraus entstehender Antiamerikanismus. Der Vietnamkrieg hatte zwar innerhalb der Neuen Linken in den Vereinigten Staaten eine noch viel größere Bedeutung — dort mußten die Studenten eine Einberufung zum Kriegsdienst befürchten —, doch lieferte er auch innerhalb der Studentenschaft der Bundesrepublik zahlreiche Möglichkeiten der Mobilisierung. Natürlich war eine Motivation zu dieser Mobilisierung auch eine Form eines rigiden Humanismus, die durchaus in

<sup>13)</sup> Richard Löwenthal, *Der romantische Rückfall*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970, S. 13.

<sup>14)</sup> Siehe hierzu: Rene Ahlberg, *Ursachen der Revolte*, Stuttgart 1972, S. 25.

<sup>15)</sup> Neue Linke — *Fragmente zu einer kritischen Theorie*, 1/70, S. 10.

den spezifisch intellektuellen Bereichen ihre Tradition hat. In der gemeinsamen Ablehnung des Vietnamkrieges, damit in der Solidarisierung des vergeblichen Kampfes gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Leiden der Menschheit, war der größte gemeinsame Nenner innerhalb der linken Bewegung gegeben. Dieser Antiamerikanismus war jedoch gleichzeitig gepaart mit der Kritik an den Erscheinungen einer modernen Industriegesellschaft, da die Vereinigten Staaten als Inbegriff einer solchen verachtungswürdigen Gesellschaft gesehen wurden. Die Vereinigten Staaten wurden also in den Diskussionen der Neuen Linken weniger mit den liberalen Freiheitsrechten der amerikanischen politischen Tradition, als mit Leistungswillen, Effizienzdenken, Vermassung und Unterdrückung identifiziert. Insofern stellte die Anti-Vietnamkriegs-Bewegung gleichzeitig eine Emanzipationsbewegung von bestimmten Erscheinungsformen einer modernen Leistungsgesellschaft dar.

Die Protestbewegung ist alles in allem auch vor dem Hintergrund sozial-psychologischer Deutungen zu interpretieren. Selbst Habermas, einer der wichtigsten Mentoren der studentischen Protestbewegung, schrieb: „Weil das Potential der Unzufriedenheit nicht aus ökonomischer, sondern aus einem psychologisch bedingten Unbehagen in der Kultur hervorgeht, verdanken sich die Definitionen des gegenwärtigen Zustandes nicht einem evidenten Pauperismus, sondern einer eher esoterischen Kulturkritik.“<sup>16)</sup> Habermas nahm also zu Recht an, die Studenten- und Schülerbewegung gehe „aus einem Potential hervor, das keine ökonomische, sondern eine sozial-psychologische Erklärung verlangt“<sup>17)</sup>.

Dies wird auch sehr deutlich bestätigt in der linken theoretischen Zeitschrift „Kursbuch“ vom Oktober 1971, in der eine Reihe von Antworten auf die Frage veröffentlicht wurde, warum sich Befragte der Protestbewegung angeschlossen hatten. Einige der dort wiedergegebenen Antworten bestätigen durchaus, daß die Protestbewegung auch eine sozial-

psychologische Erklärung verlangt. Einige Antworten lauten<sup>18)</sup>:

— „Ich hatte Depressionen, Arbeitsstörungen, Kontaktschwierigkeiten, war einfach kaputt, und dann plötzlich die Osterdemonstrationen, die neuen Kontakte, die ganze Aktivität im SDS: Es war wie eine Befreiung.“ (Student)

— „Das kam so nach und nach. Mein Vater ist nämlich CDU-Anhänger und furchtbar autoritär. Da gab es schon immer Reibereien. Ich glaube, es war einfach ein Protest gegen das Elternhaus, durch meine ganze Lebensweise: Ich wollte unabhängig sein, auch in meinem politischen Denken ...“ (Studentin)

— „Meine Politisierung begann schon im Elternhaus, das ziemlich liberal war, sozialdemokratisch. Zunächst die moralische Entrüstung über den Vietnamkrieg, dann die aktive Teilnahme an politischen Aktionen, der Erfolg dieser Aktionen ...“ (Student)

— „Noch zwei Ostermärsche, und der neue, politisch bewußtere Freundeskreis, dann aber auch schon die Springer-Aktionen in Frankfurt — das sind die Stationen, die einen Bewußtseinsprung produzierten.“ (Angestellter)

— „Am Anfang war es nur ein vager Protest, eigentlich gegen alles. Ich glaube, ich hatte mir vom Studium eine falsche Vorstellung gemacht, Alma mater und so, und merkte dann, daß die Uni das Gegenteil war, grausam, kalt, versagend, wie die ganze Gesellschaft. Erst langsam habe ich dann — über Identifikationsfiguren wie Ho und Ché, vielleicht auch Dutschke — begreifen gelernt, wo meine Probleme liegen, daß sie im Grunde politische Probleme sind und nur politisch gelöst werden können.“ (Student).

Wie wenig häufig originär politische Motivation eine Rolle spielte, weist ein berühmter Ausspruch von Kunzelmann aus der früheren „Kommune I“ nach: „Mich interessiert nicht der Vietnam-Krieg, sondern meine Orgasmuschwierigkeiten.“<sup>19)</sup>

<sup>18)</sup> Alle nachfolgenden entnommenen Antworten aus: Karl Markus Michel, Wer wann warum politisch wird — und wozu. Ein Beitrag für die Unwissenheit der Wissenschaft, in: Kursbuch, Nr. 25/Oktober 1971, S. 3 ff.

<sup>19)</sup> Zitiert nach: Götz Eisenberg/Wolfgang Thiel, Fluchtversuche, Gießen 1973, S. 40.

<sup>16)</sup> Jürgen Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt 1969, S. 23.

<sup>17)</sup>Ebd., S. 192.

## II. Entwicklungsstadien der Protestbewegung

Die Entwicklung der Protestbewegung ist im wesentlichen in eine Vorphase und in fünf Phasen zu unterteilen.

### Vorphase 1960 bis 1965 <sup>20)</sup>

Nach den Bundestagswahlen vollzog am 6. November 1961 die SPD einen Beschluß, dessen Konsequenz zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar war: Die Mitgliedschaft im damaligen SDS und in der Fördergesellschaft des SDS wurde als nicht vereinbar mit einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in der SPD erklärt. Die Trennung von SPD und SDS kam zustande, weil die SPD kommunistische Unterwanderung des SDS und negative Auswirkungen auf den Ausgang der Bundestagswahlen befürchtete. Die frühere „rechte Fraktion“ des SDS gründete im Mai 1960 den „Sozialdemokratischen Hochschulbund“. 1961 erschien die berühmte Hochschuldenkschrift des SDS, die als eine der Grundlagen der Protestbewegung an den Hochschulen angesehen werden kann <sup>21)</sup>.

Trotz intensiver Strategiediskussion in dem Verbandsorgan „Neue Kritik“ konnte der SDS zunächst keinen großen Zulauf verbuchen. Die aus der Trennung von SPD und SDS herrührende Isolation konnte für den SDS im Mai 1964 durch das „Höchster Abkommen“ teilweise überwunden werden, das zwischen SDS, SHB, der Humanistischen Studentunion (HSU), dem Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD) und dem Bundesvorstand Deutsch-Israelischer Studenten (BDIS) geschlossen wurde. Zwar hatte dieses Abkommen hinsichtlich der weiteren Zusammenarbeit der daran beteiligten Organisationen keine nennenswerte Bedeutung, doch ermöglichte es dem SDS, seine Isolation zu verringern.

### Erste Phase: Zentrum Berlin (ab Mai 1965)

Die Aktionen der ersten Phase <sup>22)</sup> waren weitgehend auf Berlin beschränkt und hatten trotz der Vietnam-Demonstrationen vorwiegend

hochschulinternen Charakter. Die ersten Aktionen richteten sich vor allem gegen die Maßnahmen der Verwaltung der Freien Universität Berlin. Der Rektor der FU wollte z. B. am 7. Mai 1965 die Teilnahme von Erich Kuby an einer Podiumsdiskussion durch Hausverbot verhindern, was zu entsprechenden Demonstrationen und zur Anwendung neuer Demonstrationstechniken wie Sit-ins, Go-ins führte. Diese Demonstrationstechniken wurden in bewußter Anlehnung an studentische Vorbilder aus Berkeley aus dem Jahre 1965 übernommen, die später dann auch in anderen Universitätsstädten der Bundesrepublik zum Einsatz kamen.

### Zweite Phase: Tod Benno Ohnesorgs (2. Juni 1967)

Mit dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 bei einem Tumult vor der Deutschen Oper in Berlin anläßlich des Schah-Besuches begann die zweite Phase der Protestbewegung. Es fanden Demonstrationen in zahlreichen Universitätsstädten der Bundesrepublik statt <sup>23)</sup>.

Die zweite Phase war also gekennzeichnet durch ihre Ausweitung auf die ganze Bundesrepublik, die mit der Notstandskampagne im Mai 1968 ihren Abschluß fand. Die Osterunruhen 1968 — nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 —, die mit der Studenten- und Arbeiterrevolte in Frankreich zeitlich zusammenfielen <sup>24)</sup>, lassen die explosive Stimmung der jungen Generation deutlich erkennen. Die zweite Phase war auch

---

1945 bis zur Gegenwart, Berlin 1969, S. 108 ff; Lutz Niethammer, Koalition ohne Konzept, in: Der Monat, August 1968, S. 49.

<sup>23)</sup> Zum 2. Juni siehe u. a.: Friedrich Mager/Ulrich Spinnarke: Was wollen die Studenten, Frankfurt/M. und Hamburg 1967, S. 110 f.; Uwe Bergmann, Einleitung, in: Rebellion der Studenten oder die Neue Opposition, Reinbek b. Hamburg, 1968, S. 30; Jens Hager, a. a. O., S. 142 f.; Knut Nevermann/Verband Deutscher Studentenschaften (Hrsg.), Der zweite Juni 1967, Studenten zwischen Notstand und Demokratie, Dokumente zu den Ereignissen anläßlich des Schah-Besuchs, Köln 1967.

<sup>24)</sup> Siehe hierzu u. a. Malte J. Rauch/Samuel H. Schirmbeck, Die Barrikaden von Paris — Der Aufstand der französischen Arbeiter und Studenten, Frankfurt 1968; Emil-Maria Claassen/Louis-Ferdinand Peters, Rebellion in Frankreich — Die Manifestation der europäischen Kulturrevolution 1968, München 1968.

---

<sup>20)</sup> Als Vorphase der Protestbewegung wird an dieser Stelle der Zeitraum der Trennung der SPD vom SDS 1960/61 bis Mai 1965 definiert.

<sup>21)</sup> Nachdruck, Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1972.

<sup>22)</sup> Zu dieser Phase siehe u. a.: Jens Hager, Die Rebellen von Berlin, Köln/Berlin 1967 (Vor allem S. 39—133); Ernst Richart, Die radikale Linke von

durch zahlreiche Aktionen vor allem gegen die Springer-Presse und die Große Koalition bestimmt. Sie war mithin gekennzeichnet durch ihre Öffnung auf die gesamte Bundesrepublik und zu Themenstellungen hin, die außerhalb des Hochschulbereichs lagen, wobei durch entsprechende Vorlesungsstörungen vor allem mißliebige Professoren Zielpunkte radikaler Kritik waren. Bereits in dieser Phase kam es sehr häufig zu Gewaltanwendungen, wobei die Frage, inwieweit Gewaltanwendung legitim sei, eine der wichtigsten Auseinandersetzungspunkte innerhalb der Linken darstellte <sup>25)</sup>.

Welche Ausmaße die gewaltsamen Aktionen nahmen, wies der damalige Bundesinnenminister Ernst Benda in der Bundestagsdebatte vom 30. April 1968 nach: Zwar hätten seit dem Attentat auf Dutschke zahlreiche friedliche Demonstrationen stattgefunden, „zugleich aber auch Aktionen mit Gewaltanwendung, deren Ziel im wesentlichen Einrichtungen im Verlagshause Springer waren“. Nach dem Dutschke-Attentat fanden in fünf Tagen in 27 Städten Demonstrationen statt. In insgesamt 26 Fällen waren sie nach Aussagen Bendas mit Ausschreitungen, Gewaltakten und schwerwiegenden Rechtsverletzungen verbunden. Dabei gab es eine große Zahl an Verletzten.

### Dritte Phase: Resignation (ab März 1968)

Trotz deutlich spürbar gewordener Zeichen der Resignation wurde im Wintersemester 1968/69 für 1969 ein „heißer Sommer“ angekündigt.

Die Aktionen zerfielen jedoch immer mehr, was nicht zuletzt auf die Verabschiedung der Notstandsgesetze zurückzuführen sein dürfte, die zunächst zu einer Aktionseinheit aller linken Kräfte geführt hatte, deren vollzogene Verabschiedung die resignativen Züge innerhalb der Linken aber deutlich verstärkte. In dieser dritten Phase fand eine Rückbesinnung auf die Hochschule als Agitationsfeld statt. Die Resignation zeigte sich innerhalb des SDS am deutlichsten, dessen Bundesvorstand seiner Führungsfunktion immer mehr beraubt wurde und der zum Schluß bestenfalls noch eine

<sup>25)</sup> So erklärte der führende frühere SDS-Funktionär Peter Neitzke anlässlich einer Protestdemonstration am 14. Dezember 1968, der Kampf gipfele in der „Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates“ und der „Errichtung der Diktatur des ganzen arbeitenden Volkes über seine Peiniger“, in: Neue Kritik Nr. 51/52, Februar 1969, S. 116.

Clearing- und Informationsstelle abgab. Das Auftreten von „Roten Zellen“ in Berlin und an anderen Orten und die dann am 21. März 1970 vollzogene Auflösung des SDS als Bundesverband verliehen den unterdessen eingetretenen Spaltungstendenzen beredten Ausdruck. Nur noch in einigen wenigen Orten, so in Heidelberg bis zum Ableben des dortigen SDS durch Verbot der Landesregierung am 24. Juni 1970, existierten einzelne SDS-Gruppen weiter.

Welche Gründe gibt es nun für die Spaltungstendenzen innerhalb der Linken? Warum zerfiel der SDS, der ja die eigentliche Führungsfunktion innerhalb der Protestbewegung innehatte? Der SDS selbst war außerordentlich heterogen. Die zahlreichen Massenaktionen haben nach außen hin ein Bild der Einheitlichkeit vorgetäuscht, das als solches nicht zutreffend war. Wichtigster Konflikt innerhalb des SDS war der zwischen den „Antiautoritären“ und den „Traditionalisten“, der heutigen DKP-Linie. So wurden im September 1968 auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS fünf Angehörige der „KP-Fraktion“ ausgeschlossen, weil sie „spalterisch die Aktionseinheit des SDS“ gefährdet hätten.

Die beginnenden Fraktionierungen und Spaltungen hatten u. a. folgende Gründe:

1. Es setzte sich immer mehr die Einsicht durch, daß die bisherige Strategie des SDS den tatsächlichen ‚revolutionären‘ Elan völlig überschätzte, zumal auch eine politische Verbrüderung mit dem vielbeschworenen Proletariat nicht stattfand.
2. Der SDS war mit seinen Aktionen in erster Linie eine „negative Gemeinschaft“, die sich weitgehend nur in der Ablehnung der bestehenden Gesellschaft einig war. Als die Bewegung jedoch gezwungen wurde, positiv aufzuzeigen, mit welchen Mitteln sie welche Ziele erreichen wollte, war sie dazu als einheitliche Kraft nicht mehr in der Lage.
3. Darüber hinaus war eine Realitätsferne der führenden Funktionäre zur angeblichen „Massenbasis“, eine Entfremdung der revolutionären Führungsschicht von ihren eigenen Anhängern festzustellen.
4. Die für Deutschland zunächst ungewohnten Demonstrationstechniken (mit dem Prinzip der „begrenzten Regelverletzung“) verloren ihren Neuigkeitswert. Auch die staatlichen Ordnungskräfte reagierten flexibler auf entsprechende Aktivitäten; dadurch wurden weniger Gründe für eine Solidarisierung geliefert.

5. Die Protestbewegung hatte auch modische Züge. Erfahrungsgemäß läßt die Faszinationskraft gerade von Modebewegungen vor allem auf „Mitläufer“ sehr bald nach. Diese „Mitläufer“ bildeten aber häufig in der Strategie der führenden Repräsentanten des SDS eine notwendige Kulisse.

6. Manche Sympathisanten des SDS wurden nachdenklich, nachdem es immer mehr zur Eskalation der Gewalt kam.

7. Als Folge der Protestbewegung kam es auch zu einer Beschleunigung der Hochschulreform, die den Nachweis lieferte, daß das politische System in der Bundesrepublik zu Selbstreformen fähig ist<sup>26)</sup>. Auch der Regierungswechsel des Jahres 1969 zeigte den Studenten, daß eine politische Kräfteverlagerung in der Bundesrepublik möglich ist.

8. Es fehlte der Neuen Linken in der Bundesrepublik an Persönlichkeiten mit charismatischer Ausstrahlungskraft. Vor allem der Tod von Hans Jürgen Krahl, der durch einen Autounfall im Februar 1970 ums Leben kam, stellte für die Protestbewegung einen kaum ersetzbaren Verlust dar.

#### **Die vierte oder leninistische Phase (März 1970)**

Die linke Szenerie hatte sich indessen immer mehr in die Richtung eines Marxismus-Leninismus entwickelt, da sich jetzt die einzelnen zerstrittenen Gruppierungen jeweils als den Kern einer neuen, zu bildenden Kaderpartei verstanden, die nach den leninschen Parteivorstellungen strikt am Prinzip des demokratischen Zentralismus zu orientieren war, wobei die Forderung nach revolutionärer Disziplin sehr stark im Vordergrund stand. Ideologisch unterschied sich diese Phase auch von früheren Phasen dadurch, daß nicht mehr der Student als revolutionärer Vorkämpfer für das unterdrückte Proletariat, das seine eigenen Interessen nicht zu erkennen in der Lage war, interpretiert wurde. Vielmehr wurde „das Proletariat“, „der Ausgebeutete“ selbst, als das eigentliche revolutionäre Subjekt angesehen. In dieser Zeit wurden eine Reihe vor

---

<sup>26)</sup> Aus diesem Grunde lehnte der SDS auch eine Reformpolitik ab, da die Reformen an der Hochschule nicht den Bedürfnissen der Revolte nach grundsätzlicher Veränderung der Gesellschaft Rechnung trage. Vielmehr wurde u. a. „das systematische Stören des Lehrbetriebes“ als beständiges Problematisieren der Verwertungszusammenhänge von Wissenschaft als notwendig erachtet, in: Neue Kritik, Heft 51/52, Februar 1969.

allem maoistischer „Parteien“ oder Parteiansätze gegründet, die heute teilweise nicht mehr bestehen. Damals gegründete Gruppen hatten u. a. folgende Namen: Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), früher noch mit dem Zusatznamen „Aufbauorganisation“, verschiedene Gruppen des Namens Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML), bzw. Abspaltungen der am 31. Dezember 1968 gegründeten KPD/ML von Ernst Aust, Proletarische Linke/Parteiinitiative (PL/PI), Kommunistischer Bund/Marxisten-Leninisten (KB/ML) oder in Hamburg das Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ). Darüber hinaus konnten in verstärktem Maße die „Traditionalisten“ an den Hochschulen an Boden gewinnen, also der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus und DKP-Hochschulgruppen. Der Spartakus, der früher Assoziation Marxistischer Studenten Spartakus hieß, gründete sich auf seinem 1. Bundeskongreß vom 20. bis 22. Mai 1971 in Bonn als Marxistischer Studentenbund Spartakus<sup>27)</sup>. Die Aktivitäten dieses DKP-orientierten Studentenverbandes zeigten sehr deutlich die langfristige Strategie der DKP auf, die die führungslos gewordene frühere antiautoritäre Studentenrevolte unter eine stärkere Kontrolle zu bringen sich bemühte. Diese und weitere Aufgaben hatten auch eigene DKP-Hochschulgruppen.

Bei der vierten Phase handelt es sich um eine Übergangsphase, in der sich die einzelnen Gruppen — wie bereits aufgeführt — immer mehr dem Leninismus und damit dem Parteaufbau verschrieben haben. Neben den genannten marxistischen Parteien und Parteiansätzen gab es zahlreiche Rote Zellen, die die wichtigsten Übergangsorganisationen darstellten. Zum Teil lieferten diese auch die personelle Basis für die maoistischen Parteien. 1970 gab es mindestens 61 Rote Zellen in der Bundesrepublik, davon mindestens wiederum 19 in Berlin. Diese Roten Zellen waren lokale Gruppierungen, die häufig nach Fachbereichen organisiert waren und nicht in Zusammenarbeit mit überregionalen oder anderen lokalen Organisationen standen. Zunächst wurde eine solche überregionale Zusammenarbeit deshalb abgelehnt, weil der Zeitpunkt des Aufbaus einer wahren kommunistischen Partei noch nicht gekommen zu sein schien,

---

<sup>27)</sup> Siehe hierzu auch: Gerd Langguth, Volksfront im Hörsaal, in: Deutsche Zeitung/Christ und Welt, Nr. 28, 9. Juli 1971.

wenngleich die Roten Zellen in verstärktem Maße die Verwirklichung bestimmter Prinzipien des Leninismus, so des Demokratischen Zentralismus mit der Forderung nach eindeutiger Disziplin, forderten. Es gab einige wenige Rote Zellen, von denen wichtige Mitglieder sich später mehr auf eine Linie Moskauer Richtung orientierten. Die meisten Roten Zellen waren eindeutig maoistisch orientiert und gingen von der Forderung nach straffer Organisation aus. Teilweise wurden die Roten Zellen auch Basisgruppen genannt. Zeitweilig hatten sie in der Studentenschaft einen außerordentlich starken Einfluß. Dieser Einfluß fand vor allem in Berlin seine stärkste Ausprägung, wo laut einem Bericht des Berliner Senats alle Roten Zellen und die ihnen verwandten Gruppen an den Berliner Hochschulen 1970 ca. 500 Mitglieder gehabt haben sollen<sup>28)</sup>, wobei für das Jahr 1971 noch von einer höheren Zahl, mindestens 600 bis 700 Mitglieder, ausgegangen werden dürfte<sup>29)</sup>. Ein weiteres Zentrum der Roten-Zellen-Bewegung stellte zweifelsohne auch München dar, vor allem die „Liste der Fachschaften und Basisgruppen“ (LFB) spielte zeitweilig eine große Rolle.

Die leninistische Phase ist also zugleich auch eine Phase der Zersplitterung und Fraktionierung, da sich die einzelnen Gruppen untereinander heftig bekämpften. Aus dem Bericht über die Tätigkeit links- und rechtsradikaler Gruppen vom 5. April 1971<sup>30)</sup> geht hervor, daß der Bundesregierung im Jahre 1971 rund 250 linksradikale Gruppen im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin mit etwa 84 300 Mitgliedern bekannt waren. Nach diesem Bericht gehörten rund 81 000 Mitglieder 130 or-

thodox-kommunistischen Gruppen (DKP-nahe an<sup>31)</sup>).

1971 erschienen 420 linksradikale Blätter mit einer Gesamtauflage von rund 2 Millionen Exemplaren. Dabei sollen die orthodox-kommunistischen Gruppen über ca. 320 Blätter mit einer Gesamtauflage von rund 1 650 000 Exemplaren verfügt haben.

#### Fünfte Phase: Zentralisation (ab Juni 1971)

Wichtiger Markierungspunkt der fünften Phase ist die Umbenennung der früheren Kommunistischen Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO) in Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Immer mehr Gruppen schlossen sich zusammen und gaben sich als Kommunistische Parteien im Leninschen Sinne aus — so neben der KPD die bereits erwähnte Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML), die zwar bereits am 31. Dezember 1968 vor allem durch Ernst Aust gegründet wurde, jedoch im Verfolg dieser Gründung zahlreiche Spaltungen über sich ergehen lassen mußte. Im Juni 1970 kam es zur ersten Abspaltung einer neuen KPD/ML mit Sitz in Bochum (Zentralorgan: Rote Fahne). Im Herbst 1970 erfolgte eine weitere Abspaltung dieser zweiten KPD/ML zu einer dritten Partei gleichen Namens. Darüber hinaus entwickelten sich weitere Kommunistische Parteien und Parteiansätze, so der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), der sich unterdessen mit zur führenden maoistischen Gruppierung entwickelt hat. Der Zusammenschluß des KBW fand im Juni 1973 in Bremen statt, als sich verschiedene Organisationen aus Bremen, Göttingen, Osnabrück, Wolfsburg, Heidelberg, Mannheim, und Freiburg zu einer Organisation vereinigten und sich etwa 20 weitere kleine örtliche Gruppen im Laufe des Jahres 1973 eingliederten. Von regionaler Bedeutung sind in Süddeutschland vor allem auch noch der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD) mit Sitz in Tübingen und der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (München und Umgebung), sowie für Norddeutschland der Kommunistische Bund (Hamburg).

<sup>31)</sup> Die 120 anderen Gruppen verteilten sich auf 5 trotzkistische Gruppen mit rund 400 Mitgliedern, 20 maoistische Gruppen mit rund 800 Mitgliedern, 5 anarchistische Gruppen mit rund 80 Mitgliedern und rund 90 sonstige linksradikaler Gruppen mit rund 2 000 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Personen, die linksradikalen Gruppen angehörten, betrug zu diesem Zeitpunkt nur etwa 65 000, da viele Personen gleichzeitig bei mehreren Organisationen Mitglied waren.

<sup>28)</sup> Bericht über die Situation an den Berliner Hochschulen, Senatsbericht Nr. 1300/5. Wahlperiode, ausgegeben am 16. Oktober 1970, Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin.

<sup>29)</sup> Volker Benke, Strategie und Taktik der Roten Zellen in Berlin, in: Die studentische Protestbewegung, Analyse und Perspektiven, Schriftenreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1971. Etwa 2—3 % der Berliner Studenten dürften Mitglieder der Roten Zellen gewesen sein, allerdings darf diese relativ geringe Mitgliederzahl nicht als alleiniges Anzeichen für politischen Einfluß und Anhängerschaft gewertet werden. Beispielsweise stimmten im Fachbereich Germanistik 42,6 %, im Fachbereich Neuere Fremdsprachliche Philologie 35,7 %, im Fachbereich Mathematik 31,8 %, im Fachbereich Politische Wissenschaft 31,2 % oder im Fachbereich Geschichtswissenschaft immerhin 30,7 % für die Kandidaten der Roten Zellen (Senatsbericht) a. a. O., S. 9.

<sup>30)</sup> Bundestagsdrucksache VI/2074.

### III. Die gegenwärtigen linksextremen Richtungen

Zwar ist die seit Mitte 1971 einsetzende Phase der Zentralisation nach wie vor nicht abgeschlossen, doch ist inzwischen das Erscheinungsbild der einzelnen linksextremen Organisationen übersichtlicher. Dennoch ist eine säuberliche Abgrenzung nicht bis ins letzte möglich. Neben den einzelnen Parteien und Parteiensätzen maoistischer Couleur und den DKP (nahen)-Organisationen gibt es als weitere Entwicklungslinien:

— Die alte „antiautoritäre“ Richtung, die sich in zahlenmäßig unbedeutenden Gruppierungen manifestiert (z. B. auf Kongressen wie in Frankfurt zu Fragen der „Emanzipation“<sup>32)</sup>); in Hannover beispielsweise wurde ein SDS-Hannover neugegründet. Auch die „Sozialistische Fraktion“ des früheren Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) trug Zeichen deutlicher Rückbesinnung auf SDS-Traditionen.

— Die „Subkultur“<sup>33)</sup>. Die Grenze zwischen alter antiautoritärer Richtung und der Subkultur ist fließend. Ein Teil des Protestpotentials, das sich früher dem SDS angeschlossen hatte oder hätte, setzt den Protest in einer alles in allem recht unpolitischen Welt der Subkultur fort. Am deutlichsten zeigen sich Momente der Subkultur in Berlin. Eine Fülle von zumeist unregelmäßig erscheinenden Publikationsorganen, die zum Teil nach kurzer Zeit wieder eingehen, ist das Ergebnis einer Subkultur bzw. von Gegenkultur-Bemühungen, so die Zeitschriften „Päng“, „Germania“, „love“ oder „Hundert Blumen“. In einigen Fällen sind auch deutliche Sympathien für die Aktionen terroristischer Gruppen spürbar.

— Die terroristische Richtung. Ohne den politischen Hintergrund der einst antiautoritären Revolte ist beispielsweise die Entstehung der „Roten Armee-Fraktion (RAF)“ nicht zu ver-

stehen (nähere Ausführungen in Abschnitt IV dieser Arbeit).

— „Langer Marsch durch die Institutionen“. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der einst von Dutschke angekündigte „lange Marsch durch die Institutionen“ insoweit verwirklicht wurde, als manche (ehemalige) SDS-Aktivisten oder Sympathisanten in einigen Berufen und Bereichen besonders stark vertreten sind. Auch parteinahe Jugendorganisationen wie Jusos und Judos wurden in ihrer politischen Ausrichtung sehr stark durch Angehörige der Protestbewegung beeinflusst. Dabei sollte durchaus anerkannt werden, daß viele dieser ehemaligen SDS-Aktivisten oder -Sympathisanten nach der Berührung mit der Berufswelt früheren SDS-Positionen weitgehend abgeschworen haben.

Außer den genannten maoistischen und DKP-nahen Organisationen sind darüber hinaus noch zu nennen:

— Trotzistische Organisationen. Die Trotzisten, die in einem wesentlichen politischen Gegensatz zu Maoisten wie zu Kommunisten Moskauer Couleur stehen, machten jedoch 1975 keine wesentlichen Fortschritte. (Nähere Angaben dazu auf den folgenden Seiten).

— „European Labour Committees“ (ELC). Diese nennen sich auch „Europäische Arbeiterfraktionen“ (ELC) und „Europäische Arbeiterpartei“ (EAP). Diese Organisation umfaßt laut Verfassungsschutzbericht von 1975<sup>34)</sup> lediglich ca. 300 Mitglieder. Es handelt sich um eine Organisation mit einer außerordentlich wirren und konfusen politischen Ideologie. Als Hauptfeind wird der CIA und der amerikanische Politiker Rockefeller genannt. ELC/EAP versuchte auch, in Jusos und SPD hineinzuwirken. Bedeutung gewonnen hat diese Organisation in erster Linie durch eine umfangreiche publizistische Tätigkeit.

Eine Übersicht über die Mitgliedsentwicklung in den Organisationen der Linken seit dem Jahre 1971 vermittelt die nachfolgende Tabelle<sup>35)</sup>:

<sup>32)</sup> Siehe hierzu: Frankfurter Seminar April 1973, Politische Arbeit und Emanzipation — Aufsätze und Protokolle einer Tagungsreihe, Köln 1974.

<sup>33)</sup> Siehe hierzu: Walter Hollstein, Der Untergrund, Neuwied und Berlin 1970; Rolf Schwendter, Theorie der Subkultur, Köln 1973; Theodore Roszak, Gegenkultur, Düsseldorf, Wien 1971; Rolf-Ulrich Kaiser, Underground, Pop? Nein! Gegenkultur, Köln, Berlin 1969, Zum Bereich „Subkultur-Gegenkultur“ gibt es aber bereits eine Reihe von Untersuchungen, wobei in Sonderheit auf Rolf Schwendter (a. a. O.) hingewiesen werden soll.

<sup>34)</sup> Betrifft: Verfassungsschutz 1975 (Hrsg. Bundesministerium des Inneren Bonn), S. 90.

<sup>35)</sup> Ebd. S. 44, außerdem Verfassungsschutzbericht 1973, Bonn August 1974.

Organisationen	1971		1972		1973		1974		1975	
	Zahl	Mitglieder								
orthodox-kommunistische u. pro-kommunistische	130	83 000	115	88 500	110	98 000	113	117 000	105	119 000
maoistische	35	2 000	90	6 300	61	12 000	65	13 000	64	15 000
trotzkistische	7	700	10	1 000	10	1 000	10	1 200	10	1 200
anarchistische	10	250	15	300	32	500	24	500	26	500
sonstige Organisationen der Neuen Linken	210	2 600	135	7 000	104	5 000	90	4 500	74	4 500
	392	88 550	365	103 100	317	116 500	302	136 200	279	140 200
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	—	67 000	—	78 000	—	87 000	—	102 000	—	105 000

Von dem aus obiger Tabelle ersichtlichen Konzentrationsprozeß profitierten DKP-Organisationen und maoistische Gruppen am meisten. Den deutlichsten Zugewinn im maoistischen Bereich hatte der KBW.

Als besonders wichtig haben sich in den letzten Jahren folgende Organisationen herauskristallisiert:

### Maoisten

Die maoistischen Gruppierungen beklagen die revisionistische „Entartung“ der KPdSU und berufen sich dabei auf den XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956, auf dem Chruschtschow

Stalin heftig angriff. Die einzelnen maoistischen Organisationen ringen alle um die Anerkennung durch die Volksrepublik China. Bisher hat die KPCh noch keine maoistische Gruppe in der Bundesrepublik als ihren alleinigen Ansprechpartner anerkannt. In der Vergangenheit — d. h. vor dem Tode Mao Tse-tungs — gab es allerdings einen gewissen Vorzug für die KPD/ML um Ernst Aust. Im Mai 1975 war eine Abordnung der KPD nach China gereist, die lediglich auf der Staatsebene empfangen wurde, während die Abgesandten der KPD/ML, die sich zum gleichen Zeitpunkt in China aufhielten, immerhin durch ein Mitglied des Büros der KPCh empfangen wurden<sup>36)</sup>. Nach dem Besuch dieser beiden Dele-

<sup>36)</sup> Roter Morgen Nr. 27, 5. Juli 1975. Einen wichtigen Indikator für den jeweiligsten politischen Standort der einzelnen maoistischen Organisationen stellt die Einschätzung der politischen Situation in China nach dem Tode Mao Tse-tungs dar. So beglückwünschte das Zentralkomitee der KPD in einem Telegramm (siehe „Rote Fahne“ Nr. 43 vom 27. Oktober 1976) Hua Kuo feng zu seiner Ernennung als Vorsitzender des ZK der KPCh. Im November 1976 hielt sich eine Delegation der DKP unter der Leitung des Parteivorsitzenden Christian Semler in der Volksrepublik China auf, die am 9. November von Geng Biao, Mitglied des ZK der KPCh und Leiter der Abteilung für internationale Verbindungen beim ZK der KPCh, empfangen wurde. Ähnlich kritiklos verhielt sich der KBW gegenüber den politischen Veränderungen in China. Ein Glückwunschtelegramm des KBW an

Hua Kuo feng übertrug Radio Peking in seinem englischsprachigen Programm. Hingegen steht die KPD/ML der neuen Führung in China sehr kritisch gegenüber, doch wurde Albanien durch den KPD/ML-Vorsitzenden Ernst Aust zum großen Leuchtflecken des Sozialismus nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt (siehe „Roter Morgen“, Nr. 46 vom 13. 11. 1976) erklärt. Der Kommunistische Bund (KB) sprach sogar von einem „Rechtsputsch“ („Arbeiterkampf“ Nr. 92 vom 1. November 1976), durch den die chinesische Revolution einen sehr schweren Rückschlag erlitten habe. — Offensichtlich wollen sich KPD und KBW noch stärker der KPCh unterordnen, währenddessen sich die KPD/ML politisch sehr viel stärker nach Albanien orientierte. (Siehe ausführlicher hierzu: Innere Sicherheit, Bonn, Nr. 36, 17. Dezember 1976.)

gationen waren in den Publikationsorganen von KPD und KPD/ML offensichtlich auf Druck der KPCh Bemühungen zu einer stärkeren Zusammenarbeit zu verspüren. Die ideologischen Auseinandersetzungen nahmen danach jedoch noch an Heftigkeit zu. Die politischen Divergenzen der einzelnen maoistischen Gruppen entzündeten sich vor allem an der Frage, wer von den Supermächten — USA oder Sowjetunion — der gefährlichste Feind sei. Von seiten der KPD wird die Sowjetunion als der gefährlichere Gegner angesehen. Die KPD will den Hauptstoß ihres politischen Kampfes gegen die Supermacht Sowjetunion gerichtet sehen<sup>37)</sup>. Die KPD/ML hingegen ist nicht bereit, zum Hauptfeind generell eine jeweilige Supermacht zu erklären; sie hat mit dieser Position eine sehr starke ideologische Annäherung an den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) vollzogen.

Die unterschiedliche Einschätzung des Hauptfeindes — die KPD erklärte: „Die beiden Supermächte sind die Hauptfeinde der Völker der Welt. Der sowjetische Sozialimperialismus ist der gefährlichere der beiden Supermächte“<sup>38)</sup> — veränderte bei der KPD die Haltung zur Militärpolitik, d. h. der Einsatz der Bundeswehr wird von der KPD für notwendig erachtet — soweit sich dieser zumindest gegen eine mögliche Aggression durch die Sowjetunion richtet. Diese veränderte Einstellung gegenüber der Militärpolitik wird von der KPD/ML hingegen heftig kritisiert<sup>39)</sup>.

Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß der KBW hinsichtlich der Mitgliederentwicklung und entsprechender Aktivitäten (z. B. vorgeblicher „überparteilicher“ Komitees) erheblich aufgeholt hat.

Als wichtigste maoistische Gruppen sind gegenwärtig in der Bundesrepublik anzusehen:

#### **Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)**

Diese Organisation wurde bereits am 31. Dezember 1968, also in der Zeit der antiautoritären Protestrevolte, gegründet. Diese KPD/ML unterlag zahlreichen Spaltungen im Laufe ihrer kurzen Parteigeschichte, wobei der Gründer Ernst Aust, früher Chefredakteur der ein-

stigen KPD-Zeitung „Blinkfüer“, nach wie vor wichtigster Funktionär ist<sup>40)</sup>. Zulauf erhielt die KPD/ML eigentlich erst, als sie die mehr oder weniger offizielle Anerkennung durch die Partei der Arbeit Albaniens als Bruderpartei erhalten hatte. Gegen Ende des Jahres 1973 dürfte sie etwa 700 Mitglieder gehabt haben, außerdem etwa 300 weitere Mitglieder der Jugendorganisation „Rote Garde“<sup>41)</sup>. Neben der „Roten Garde“ ist auch der Studentenverband Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten (KSB/ML) eine offizielle Organisation der KPD/ML, die jedoch in der Studentenschaft nur eine sehr geringe Resonanz hat. Am 22. März 1975 gründete die KPD/ML ferner die „Rote Hilfe Deutschlands (RHD)“<sup>42)</sup>. Über besonders enge Verbindungen scheint die KPD/ML nach Albanien zu verfügen. Ernst Aust nahm am 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens teil; er sprach ein Grußwort<sup>43)</sup>.

#### **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**

„Diese ultralinks maskierte Gruppe mißbraucht Namen und Tradition der Arbeiterbewegung und verfälscht deren Ziele.“ Mit diesem harten Urteil bewertete der frühere KPD-Vorsitzende und jüngst verstorbene DKP-Ehrenvorsitzende Max Reimann die maoistische KPD<sup>44)</sup>. Diese ist jedoch keineswegs mit der Vorgängerorganisation der DKP in Verbindung zu bringen. Sie ging hervor aus der Kommunistischen Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO), die im Febru-

<sup>40)</sup> Ernst Aust wurde am 12. April 1923 geboren.

<sup>41)</sup> Bundesministerium des Innern, Betrifft: Verfassungsschutz 1973, Bonn 1974, S. 74.

<sup>42)</sup> Zur Gründungsgeschichte der KPD/ML siehe: Schlomann/Friedlingsstein, Maoisten, Pekings Filialen in Westeuropa, Frankfurt/M. 1970, S. 248 f. und Gerd Langguth, Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968—1976, a. a. O., S. 108 ff.

<sup>43)</sup> Roter Morgen Nr. 14, 22. November 1971. Wie sehr die KPD/ML die Partei der Arbeit Albaniens als Vorbild ansieht, läßt sich einer Grußadresse der KPD/ML an das Zentralkomitee der PdA Albaniens anlässlich des 31. Jahrestages der PdA entnehmen: „Als Vorkämpferin gegen den modernen Revisionismus weist die Arbeiterpartei Albaniens allen Kommunisten den Weg, unerschütterlich am Marxismus-Leninismus festzuhalten. Durch ihren unversöhnlichen Kampf gegen den Imperialismus, heute besonders gegen die beiden Supermächte, hat sich die Partei der Arbeit Albaniens in der kommunistischen Weltbewegung, am internationalen Proletariat, bei den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern großes Ansehen und Autorität erworben.“ Roter Morgen Nr. 46, 16. November 1970.

<sup>44)</sup> Die Welt, 24. April 1973.

<sup>37)</sup> Gerd Langguth, Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, 1968—1976, a. a. O., S. 162 ff.

<sup>38)</sup> Rote Fahne, Nr. 5, 3. März 1976.

<sup>39)</sup> Roter Morgen Nr. 1, 3. Januar 1976 (Grußadressen des ZK der KPD/ML).

ar 1970 in Berlin gegründet wurde. Die KPD/AO ihrerseits war das Ergebnis eines Zusammenschlusses von Resten der ehemaligen antiautoritären SDS-Revolution in Berlin. Zur KPD, die im Juni 1971 in einer „Programmatischen Erklärung“ ihre Gründung als Partei bekanntgab<sup>45)</sup>, gehören weitere Organisationen und Hilfsorganisationen wie Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD), Kommunistischer Studentenverband (KSV), Kommunistischer Oberschülerverband (KOV)<sup>46)</sup> und Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO). Als Hilfsorganisationen sind anzusehen: Liga gegen den Imperialismus, Nationales Vietnamkomitee (besteht nicht mehr), Komitee „Hände weg von der KPD“ (besteht nicht mehr) und Rote Hilfe e. V.

Während im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1972 die Zahl der KPD-Mitglieder, „die im Verkehr untereinander Vor- oder Decknamen verwenden“, noch auf 300 geschätzt, die Anhängerschaft jedoch als erheblich größer angesehen wird<sup>47)</sup>, hieß es bereits im Verfassungsschutzbericht für 1973, „die Zahl der Kandidaten und Mitglieder der KPD erreichte schätzungsweise 700, die Zahl der Mitläufer ist erheblich höher, was sich z. B. bei zentralen Kundgebungen der Partei zeigte, für die sie bis zu 5000 Personen mobilisieren konnten“<sup>48)</sup>. Während einige Gründer der KPD/ML ehemalige (Alt-)KPD-Genossen waren, was sich auch in der soziologischen Schichtung und in der Altersstruktur niederschlug, hatten die meisten Gründungsmitglieder der KPD führende Funktionen innerhalb des SDS inne, so: Christian Semler, Jürgen Horlemann, Peter Neitzke, Wilhelm Jaspers, Wolfgang Schwierzik. Die KPD beteiligte sich inzwischen bei einer Reihe von Landtagswahlen, wobei sie im Vergleich zu anderen linksextremen Gruppen, die sich ebenfalls an solchen Wahlen beteiligten, relativ viel Stimmen erhielt. Dies dürfte aber nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen sein, weil die Wähler sie mit der früheren KPD verwechseln. Die Beteiligung an Wahlen ist jedoch keine Anerkennung des Parlamentarismus, denn immer wieder brachte die KPD zum Ausdruck, „daß der bürgerliche Parlamentarismus nichts mit

Volkvertretung zu tun hat ... Die Parlamente sind reine Schwatzbuden und Theaterbühnen des Betrugs und Schwindels“<sup>49)</sup>. Die KPD zeichnet sich durch eine besondere Militanz aus, was sich auch in ihren programmatischen Schriften niederschlägt: „Der Repressionsgewalt des bürgerlichen Staates gegenüber ist die revolutionäre Gewalt der Massen notwendig und unvermeidlich. Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne Gewalt nicht möglich.“<sup>50)</sup>

### **Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)**

Der KBW wurde am 12. Juni 1973 gegründet und erhielt gerade von Studenten und Intellektuellen außerordentlichen Zulauf.

Der KBW ist die maoistische Organisation mit der differenziertesten Argumentation. Er wurde nach einer zum Teil mehr als einjährigen praktischen Zusammenarbeit verschiedener Gruppen gegründet, nämlich durch einen Zusammenschluß des Bundes Kommunistischer Arbeiter Freiburg, des Kommunistischen Bundes Bremen, Göttingen, Osnabrück und Wolfsburg sowie der Kommunistischen Gruppe (Neues Rotes Forum) Mannheim/Heidelberg. Führender Ideologe ist nach wie vor „Joscha“ Schmierer (Heidelberg). Nach Angaben des KBW gehörten ihm am 25. März 1974 rund 1 250 Mitglieder an, die in 36 Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen organisiert seien und in 36 Städten arbeiteten<sup>51)</sup>. Den überregionalen selbständig arbeitenden Studentenverband des KBW gibt es noch nicht. Es gibt aber lokale Studentenorganisationen des KBW mit unterschiedlichen Namen wie: „Kommunistischer Studentenbund (KSB)“ oder „Kommunistische Hochschulgruppe (KHG)“. Auf einer Sitzung des Zentralen Komitees des KBW am 12./13. Januar 1974 wurde eine Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) gegründet, deren Aufgabe in erster Linie darin besteht, „fortschrittliche Intellektuelle“ zu sammeln. Außerdem gibt es einen Kommunistischen Arbeiterjugendbund (KAJB), der zwar nicht im Statut

<sup>45)</sup> Rote Pressekorrespondenz, Nr. 126/127, 30. Juli 1971; Rote Fahne Nr. 21.

<sup>46)</sup> dieser wurde im Herbst 1975 in den KJVD überführt.

<sup>47)</sup> Bundesministerium des Inneren, betrifft: Verfassungsschutz '72, Bonn, September 1973, S. 89.

<sup>48)</sup> Bundesministerium des Inneren, betrifft: Verfassungsschutz '73 Bonn, August 1974, S. 73.

<sup>49)</sup> Aufruf der Zentralen Leitung des KSV, Beilage: „Dem Volke dienen“, Nr. 4, 28. Februar 1975, S. 3.

<sup>50)</sup> Programm und Aktionsprogramm der KPD, Wien 1974, S. 42.

<sup>51)</sup> Politischer Bericht des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland an die erste ordentliche Delegiertenkonferenz, Mannheim April 1974, S. 67.

des KBW verankert, jedoch faktisch als eine auf lokaler Ebene arbeitende Jugendorganisation des KBW anzusehen ist.

### **Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)**

Der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD) ist ein Zusammenschluß von zwei früher selbständigen Organisationen: dem Kommunistischen Arbeiterbund/Marxisten-Leninisten und einer Abspaltung der KPD/ML um das theoretische Organ „Revolutionärer Weg“, dessen Schriftleiter Willi Dickhut war. Der KABD ist weitgehend auf den süddeutschen Raum beschränkt, ebenso die Arbeit der Jugendorganisation Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD) und der Studentenorganisation Kommunistische Studentengruppe (KSG). Am 5./6. August 1972 hatten sich der KAB/ML und die KPD/ML — Revolutionärer Weg zu einer einheitlichen Organisation zusammengeschlossen<sup>52)</sup>. Spaltungen im Bereich des KABD gab es im Mai 1976, als sich ehemalige Ortsgruppen des KABD und des RJVD im Saarland und in Hessen spalteten.

### **Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (ehemals Arbeiter-Basis-Gruppen)**

Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD ging aus den vorwiegend in München und in Bayern konzentrierten Arbeiter-Basis-Gruppen (ABG) hervor, die im wesentlichen ein Produkt der ehemals antiautoritären Münchner Rote-Zelle-Bewegung darstellten. Im Mai 1973 wurde ein Kongreß durchgeführt, der eine Überführung der Arbeiter-Basis-Gruppen in den Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD vornahm und ein Statut des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD beschloß<sup>53)</sup>. Politisch untergeordnet sind dieser Organisation der Kommunistische Hochschulbund/Marxisten-Leninisten (KHB/ML) und die Rote-Schülerfront (RSF). Dieser Arbeiterbund zeichnet sich vor allem durch einen schwülstigen Nationalismus aus. So erklärte der Arbeiterbund: „Die Befreiung der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen in der DDR vom Joch des Sozialimperialismus schaffen die Voraussetzung, daß die Einheit der deutschen Nation, brüderlich umschlun-

gen aus Werktätigen aus Ost- und Westdeutschland, wiederhergestellt wird, daß der Weg frei wird für die lichte und blühende Zukunft, für ein freies, einigendes und sozialistisches Deutschland.“<sup>54)</sup>

### **Kommunistischer Bund (KB)**

Dem Kommunistischen Bund, der sich weitgehend auf Aktivitäten im norddeutschen Raum beschränkt, ist es gelungen, auch außerhalb der Studentenschaft Anhänger zu finden. Er ging aus dem Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ) und aus dem Kommunistischen Arbeiterbund (KAB) hervor, die Ende 1971 nach etwa einjähriger Zusammenarbeit den KB gründeten. Als Studentenorganisation dient dem Kommunistischen Bund faktisch der Sozialistische Studentenbund (SSB), der seinerseits aus dem Kommunistischen Hochschulbund/Marxisten-Leninisten (KHB/ML) hervorging. Der KB betreibt eine Politik auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus „und seiner Weiterentwicklung durch Mao-Tse-tung“<sup>55)</sup>. Er steht der Lehre Mao-Tse-tungs insgesamt differenzierter gegenüber, vor allem beobachtet er die Fortsetzung der Politik Stalins mit ausgesprochener Skepsis. Der KB kritisierte mitunter deutlich auch Linie und Entscheidungen der KPCh, so etwa die an Franz-Josef Strauß ergangene Einladung nach China.

### **Trotzkismus in der Bundesrepublik**

Trotzkistische Positionen haben ganz wesentlich die Studentenrevolte beeinflusst. Trotzkiisten, die sich auf die am 3. September 1938 in der Nähe von Paris von Trotzki gegründete IV. Internationale berufen, werden von den Kommunisten Moskauer Couleur entschieden bekämpft und als „Instrument des Imperialismus in seinem Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung“<sup>56)</sup> bezeichnet. Der Trotzkismus interpretiert die kommunistischen Systeme des Ostblocks als stalinistische, bürokratisierte Regime, wo zwar die Produktionsmittel in der Hand des Staates seien, der jedoch der Bürokratie gehöre. Gleichzeitig bekämpfen die Trotzkiisten die „stalinistischen“ Positionen des Maoismus.

<sup>54)</sup> Programmentwurf, Juni 1973, S. 28.

<sup>55)</sup> Statut des Kommunistischen Bundes, KAB, Arbeiterzeitung, 11/12, S. 12.

<sup>56)</sup> Siegfried Wolff, Ausstellung eines Totenscheins, in: Rote Korrespondenz Extra 9 (hrsg. v. Spartakus-Assoziation Marxistischer Studenten; [heute: Marxistischer Studentenbund Spartakus]), o. D.

<sup>52)</sup> Roter Pfeil, Nr. 6, September/Okttober 1972, S. 28.

<sup>53)</sup> Kommunistische Arbeiter-Zeitung Nr. 36, Juni 1973.

Die Schlagkraft der trotzkistischen Bewegung wird weitgehend dadurch eingeschränkt, daß sie in eine Reihe von Fraktionen zersplittert ist, wobei die sogenannten „Frankisten“, genannt nach dem einstigen Sekretär Trotzki, Pierre Frank, die wichtigste Fraktion darstellen. Zu dieser Richtung des „Vereinigten Sekretariats“ gehört vor allem Ernest Mandel. Die Mitgliederorganisation dieses „Vereinigten Sekretariats“ der IV. Internationale ist die Gruppe Internationaler Marxisten (GIM). Neben den Frankisten gibt es noch die Lambertisten, die Healyisten, die Posadisten und die Pabloisten — jeweils benannt nach führenden Vertretern des Trotzkismus.

### **Gruppe Internationaler Marxisten (GIM)**

Die bedeutendste Organisation des Trotzkismus in der Bundesrepublik stellt zweifelsohne die Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) dar, die Pfingsten 1969 gegründet wurde. Zeitweilig war der GIM als Jugendorganisation die Revolutionär-Kommunistische Jugend (RKJ) als Sympathisantengruppe zugeordnet, doch vereinigten sich GIM und RKJ zum Jahreswechsel 1972/73 in Kassel als einheitliche Organisation unter dem Namen Gruppe Internationaler Marxisten — Deutsche Sektion der IV. Internationale (GIM). Die Nähe des Trotzkismus zu Theorien der Studentenrevolte zeigt sich vor allem darin, daß die GIM von einer „Theorie der neuen Avantgarde“ ausgeht — diese übernimmt die Führung des Klassenkampfes, in dem die studentische Intelligenz eine besondere Stellung im revolutionären Kampf einnimmt.

### **Spartacusbund**

Ebenfalls eine trotzkistische Organisation ist der Spartacusbund, der am 2./3. Februar 1974 gegründet wurde und dessen Vorläuferorganisation, die Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), bis Mitte 1969 zeitweilig mit der GIM zusammenarbeitete. Die IKD war Teil des Spartacus, dessen Anfänge zu Zeiten antiautoritärer Studentenrevolte in Berlin lagen, wo vor allem die Schülergruppe „Neuer Roter Turm“ eine wichtige Rolle spielte. Im Laufe der Jahre kam es dann zu einem erheblichen Spaltungsprozeß. Am 27./28. März 1971 wurden in Frankfurt/Main die bestehenden Spartacus-Gruppen in die Kommunistische Jugendorganisation (KJO) — Spartacus umgewandelt. Im Anschluß an die zweite Bundeskonferenz am 11./12. Dezember 1971 in Frankfurt entstand eine neue Organisation als Ab-

spaltung mit dem Namen Spartacus (Bolschewiki-Leninisten). Im Juni 1973 wurde dann eine Kommunistische Organisation (KO) Spartacus geschaffen. Am 2. und 3. Februar 1974 schließlich fand eine Fusionskonferenz von KO-Spartacus und Spartacus Bolschewiki-Leninisten zum Spartacusbund statt. Der gravierende Unterschied zwischen GIM und Spartacus liegt in der Frage der Einschätzung, inwieweit die von Trotzki initiierte IV. Internationale existiert. „Nur eine neue, die Vierte Internationale, kann der Arbeiterbewegung ihr neues Programm und ihre neue Führung geben. Für den Aufbau einer internationalen Klassenführung! Für den Wiederaufbau der IV. Internationale“, hieß es in einer Erklärung des Spartacusbundes zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus<sup>57)</sup>.

Einschätzungsunterschiede bei der GIM und Spartacus liegen auch in der Frage der SPD vor, die vom Spartacusbund als eine „Agentur der Großbourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse“ bezeichnet wird<sup>58)</sup>.

### **Weitere trotzkistische Organisationen**

Zeitweilig existierte als wichtige trotzkistische Organisation auch noch die Junge Garde. Darüber hinaus gab und gibt es trotzkistische Gruppen um die Internationale Arbeiterkorrespondenz, Bund Sozialistische Arbeiter und Sozialistischer Jugendbund, Trotzkistische Liga Deutschland und die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), die jeweils den verschiedenen Richtungen des Trotzkismus zuzurechnen sind.

### **Kommunistische Linke Moskauer Couleur**

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ein wesentliches Ergebnis der studentischen Protestbewegung auch das Wiedererstarken des Kommunismus Moskauer Couleur darstellt — wenn auch in der Anfangszeit der Protestbewegung vor allem dem in der DDR praktizierten Sozialismus eine deutliche Absage erteilt wurde. Die Gründung der DKP im Jahre 1969 ist nicht nur das Ergebnis einer flexibler gewordenen Deutschland- und Ostpolitik, sondern liegt auch dem Bemühen der DDR zugrunde, die „antiautoritäre“ Bewegung im dogmatisch-kommunistischen Sinne zu kanali-

<sup>57)</sup> Spartacus Nr. 1, Wahlextra, Hrsg. von der Ortsgruppe West-Berlin, o. D., S. 4.

<sup>58)</sup> Ergebnisse und Perspektiven Nr. 2, November 1974, S. 36.

sieren. Neben dem Bereich der Großindustrie war also somit vor allem der Hochschulbereich Hauptagitationsfeld der DKP.

Die DKP selbst ist inzwischen ausführlich in der Literatur beschrieben worden<sup>59)</sup>, weshalb an dieser Stelle nicht näher auf sie eingegangen werden muß. Hingewiesen werden soll lediglich darauf, daß die Bundesregierung bereits eindeutig zu erkennen gegeben hat, daß sie „die Ziele der DKP für verfassungsfeindlich hält“: „Die Verfassungsfeindlichkeit der Bestrebungen der DKP erweist sich bei einem Vergleich ihrer Ziele — sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats — mit den Aussagen des Bundesverfassungsgerichts im KPD-Verbotsurteil vom 17. August 1956. Sie wird ferner belegt durch den Vergleich der programmatischen Äußerungen der DKP mit den tragenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie sie das Bundesverfassungsgericht definiert hat. Die verfassungsfeindliche Zielsetzung der DKP ergibt sich schließlich aus ihrer politischen Identifizierung mit dem in der DDR bestehenden Staats- und Gesellschaftssystem.“<sup>60)</sup>

Die DKP hat sich jedoch eine Reihe von Organisationen geschaffen, die — sehr stark zielgruppenorientiert — für ihre Agitation eine erhebliche Bedeutung haben und die gemeinsam versuchen, die durch die Protestbewegung in einigen Bereichen der Gesellschaft mitbewirkte Agitationsbasis für die DKP zu nutzen. Diese Organisationen sind freilich nicht in den Statuten der DKP aufgeführt. Die durch die führenden Funktionäre sichergestellte politische Linie dieser Organisationen kann aber keinen Zweifel aufkommen lassen, daß sie eindeutig politisch der DKP zuzuordnen sind. Hierbei handelt es sich um:

### **Junge Pioniere (JP)**

Die Jungen Pioniere wurden als Bundesorganisation am 1. Juni 1974 in Bottrop gegründet<sup>61)</sup>. Zum Zeitpunkt der Gründung existier-

ten bereits etwa 100 Kindergruppen in der Bundesrepublik. Das Mitgliedsalter liegt zwischen sechs und vierzehn Jahren. Aufgabe der Jungen Pioniere ist die frühzeitige Agitation im DKP-Sinne sowie das Heranbilden von Mitgliedern für die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und später der DKP. Die Gründung der JP ist die Konsequenz eines Parteitagsbeschlusses der DKP vom 2. bis 4. November 1973<sup>62)</sup>.

### **Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)**

Bereits vor der Gründung der DKP bestand die SDAJ. Sie wurde am 4./5. Mai 1968 auf Schloß Borbeck bei Essen gegründet. Diese Gründung fiel also noch voll in die antiautoritäre Phase der Schüler- und Studentenbewegung, was zu erheblichen Konflikten z. B. mit dem SDS-nahen Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS) führte. Zwar wurde bei der Gründung der SDAJ darauf geachtet, daß nur „linientreue“ Jugendliche Führungsfunktionen wahrnehmen konnten, doch kam es zeitweilig zu erheblichen Differenzen, als die SDAJ-Bundesführung den Einmarsch von Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR begrüßte. Es wurde hart gegen Mitglieder vorgegangen, die sich von diesem Einmarsch distanzieren. Zu Auseinandersetzungen mit Konsequenzen kam es in Mannheim, wo ein Vorstand, der den Einmarsch guthieß, abgewählt wurde. Der neue Vorstand deutete diesen Einmarsch als „ein Eingeständnis der politischen Schwäche“: „Die Bürokratien des erstarrten Sozialismus in der Sowjetunion sehen sich nicht in der Lage, historisch bedingte Impulse zu erkennen, geschweige denn, sie politisch zu konkretisieren.“ Durch diese militärische Intervention sei der gesamten sozialistischen Bewegung in der Welt in den Rücken gefallen worden. Daraufhin wurden von dem unterlegenen Vorstand Altkommunisten zu Hilfe gerufen. Bei einer späteren Versammlung wurden die neuen Vorstandsmitglieder von den KP-Anhängern aus dem Saal herausgeprügelt<sup>63)</sup>.

Inzwischen dürfte jedoch innerhalb der SDAJ die Gefahr von Fraktionierungen längst gebannt sein. Alle politischen Aussagen der SDAJ deuten auf eine unverbrüchliche Soli-

<sup>59)</sup> Siehe vor allem: Helmut Bärwald, Deutsche Kommunistische Partei, Köln 1970; Winfried Ridder/Joseph Schollmer, Die DKP — Programm und Politik, Bonn 1970; Helmut Bilstein, Sepp Binder/Manfred Elsner, Hans-Ulrich Klose, Organisierter Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1974; Manfred Rowold, Im Schatten der Macht, Düsseldorf 1974.

<sup>60)</sup> Bundestagsdrucksache 7/4231 (29. 10. 1975).

<sup>61)</sup> Siehe hierzu ausführlicher: Gerd Langguth, Klassenkampf im Sandkasten, Politische Studien, Heft 221, Mai 1975.

<sup>62)</sup> Siehe hierzu auch: UZ 30, Oktober 1974.

<sup>63)</sup> Siehe hierzu: Presseerklärung des Mannheimer SDAJ-Vorstandes, in Rhein-Neckar-Zeitung, 6. 9. 1968.

darität mit der DKP<sup>64)</sup> sowie mit der DDR und der Sowjetunion hin.

Während sich die SDAJ in ihrer Anfangszeit vorwiegend im Bereich der Arbeiterjugend betätigte, konzentrierten sich später ihre Bemühungen auch im Bereich der Schülerarbeit. Manche DKP-nahen Schülergruppen entstanden aus einem Spaltungsprozeß ehemaliger „antiautoritärer“ Schülergruppen — ähnlich wie dies auch im Hochschulbereich geschah<sup>65)</sup>. Um die Schülerarbeit zu koordinieren, wurde am 17. Juli 1973 in Dortmund parallel zur 6. Bundesvorstandssitzung der SDAJ der „Arbeitskreis Schüler beim Bundesvorstand der SDAJ“ gebildet. Eine eigenständige Schülerorganisation — ähnlich wie der SDS-nahe „AUSS“ oder die der Jungen Union nahe „Schüler-Union“ — wurde offensichtlich deshalb nicht gegründet, weil in Schüler-

---

<sup>64)</sup> So erklärte der SDAJ-Bundesvorsitzende Gehrcke auf dem IV. Bundeskongreß der SDAJ am 18./19. Mai 1974 in Hannover: „Erfolgreich ist die Arbeiterjugend der BRD, wenn sie mit der Partei der Arbeiterklasse, der Deutschen Kommunistischen Partei, kämpft. Die DKP will alles für die arbeitenden Menschen. Die DKP hat konstruktive Vorschläge für die Lösung der Alltagsprobleme und der Zukunftsfragen... Die DKP ist die Partei, die die Grundrechte der Jugend zu ihrem Programm gemacht hat. Wer seine Forderungen durchsetzen will, muß sich mit der fortschrittlichsten Kraft verbünden. Das ist die kommunistische Weltbewegung, in der die DKP zusammen mit 50 Millionen Kämpfern für Frieden, Demokratie und Sozialismus streitet. Dafür kämpft auch die SDAJ. Deshalb fühlen wir uns eng verbunden mit der DKP und sagen: „Stärkt die Deutsche Kommunistische Partei“; zitiert nach Protokoll des IV. Bundeskongresses der SDAJ, Dortmund 1974, S. 39. Wie sehr die Sowjetunion als Vorbild von der SDAJ angesehen wird, zeigen auch Formulierungen der „Fünf Grundrechte der Jugend“ im „Kampfprogramm der SDAJ: „In der Sowjetunion sind die Voraussetzungen für die freie Entwicklung der Jugend geschaffen. Dort sind die Grundrechte der Jugend gesichert. Dort werden demokratische Bildungssysteme geschaffen, die beispielhaft sind. Dort ist die Jugend frei von Sorgen um ihre soziale Sicherheit, sie entwickelt sich in einer gesunden, kulturvollen Umgebung. Die Jugend nimmt dort verantwortungsbewußt und engagiert an der staatlichen Leitung, an der Gestaltung der komplizierten gesellschaftlichen Prozesse und der Lösung der Probleme beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft teil. Die Politik ihrer Länder ist von Aufgaben der Friedenssicherung bestimmt.“ (Diese Fünf Grundrechte der Jugend wurden vom 3. Bundeskongreß der Jugend des SDAJ vom 31. März bis 2. April 1972 in Stuttgart beschlossen).

<sup>65)</sup> Siehe hierzu ausführlicher: Gerd Langguth, *Schulkampf als Klassenkampf, Protestbewegung und Schülerbewegung in der Bundesrepublik*, Bonn 1975, S. 94 ff.

Organisationen, naturgemäß ein hohes Maß an personeller Fluktuation zu verzeichnen ist und eine durchgreifende politische Kontrolle schwierig ist.

### Marxistischer Studentenbund (MSB) Spartakus

Zwar ist der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus ideologisch als ein Teil der „alten Linken“ anzusehen; sein gegenwärtiger Einfluß an den Hochschulen der Bundesrepublik wäre ohne die studentische Protestbewegung nicht vorstellbar, zumal ein erheblicher Teil der Gründungsmitglieder des Spartakus auf dem Wege über ihre Teilnahme an der antiautoritären Studentenrevolte zur Organisation des Spartakus gelangten.

Daß sich der Spartakus in einem gewissen Sinne bewußt in die Tradition der Studentenrevolte stellt, weisen Aussagen von Spartakus-Funktionären nach, wie zum Beispiel des führenden Funktionärs Paul Schäfer aus Marburg: „Spartakus begreift sich als Nachfolgeorganisation des inzwischen historischen anti-imperialistischen SDS, jenes SDS, der es verstand, die Widersprüche zwischen der gerade der Intelligenz indoktrinierten freiheitlich-demokratischen Ideologie und den Realitäten in der Welt manifest zu machen, und der es verstand, diese Widersprüche in massenhafte Protestbewegungen umzusetzen.“<sup>66)</sup>

Überhaupt zeigte der Gründungsprozeß des Spartakus auf, von welcher langer Hand entsprechende Aktivitäten der DKP (und ihr nahestehender Kräfte) vorbereitet werden.

Wie bereits ausgeführt, gab es innerhalb des SDS eine KP-Fraktion, die sich in der Anfangszeit zunächst im „SDS-Spartakus“, dann in der „Assoziation Marxistischer Studenten (AMS) Spartakus“ und schließlich im MSB Spartakus wiederfanden. Der Gründungskongreß des MSB Spartakus fand vom 20. bis 22. Mai 1971 in Bonn statt<sup>67)</sup>.

In einigen SDS-Gruppen hatten sich die ‚Traditionalisten‘ gesammelt, so im SDS-Köln, der auch die Zeitschrift „Facit“ herausgab. Der Facit-Herausgeberkreis stellte dann auch den Kern des späteren Spartakus dar. Die Konflikte zwischen ‚Antiautoritären‘ und ‚Traditionalisten‘ hatten auf den Weltjugendfestspielen

---

<sup>66)</sup> Marburger Blätter, Nr. 133, Jg. 21 1970.

<sup>67)</sup> Siehe hierzu: Gerd Langguth, *Die Entwicklung der Protestbewegung*, a. a. O., S. 285 ff.; ders., *Volksfront im Hörsaal*, in: *Deutsche Zeitung/Christ und Welt*, Nr. 28, 9. Juli 1971.

a) Die ersten Aktionen der RAF fanden in der auslaufenden Phase der Studentenrevolte statt. In gewissem Sinn kann das Jahr 1968 als Ursprungsjahr für die Organisierung der RAF angesehen werden — wobei es einen ‚Gründungsakt‘ der RAF im eigentlichen Sinne nie gab. Am 2. April 1968 legten Baader und Ensslin mit zwei weiteren Komplizen in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze. In den folgenden Jahren fanden eine Reihe weiterer gewaltsamer Aktionen — u. a. gegen amerikanische und israelische Einrichtungen — statt, wobei nicht alle Aktionen auf das Konto der RAF gingen. Die wichtigste Gruppe war aber zweifelsohne die RAF mit ihren führenden Köpfen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Horst Mahler. Letzterer distanzierte sich später von der RAF und wechselte zur maoistischen KPD über. Der größte Teil der Terroristen ist zwar verhaftet, doch sollte der ungebrochene Wille zur Aktion bei terroristischen Gruppen nach wie vor unterstellt werden.

b) Die Aktionen der RAF und anderer terroristischer Gruppierungen wären ohne die aktive Unterstützung eines im ganzen Bundesgebiet vorhandenen Netzes von Sympathisanten nicht möglich und denkbar gewesen.

c) Darüber hinaus bedienen sich die Terroristen nach wie vor einer Reihe legaler Hilfsmittel. Zum einen ist dies die Wahl der Vertretung vor Gericht durch einen „Gesinnungs“-Anwalt; dadurch läßt sich auch erklären, daß immer wieder aus den Gefängnissen Kassiber geschmuggelt wurden. Zum anderen nutzen auch Organisationen wie „Rote Hilfe“ oder „Schwarze Hilfe“ alle legalen Möglich-

keiten aus, indem sie etwa Demonstrationen — z. B. anlässlich des Hungertodes von Holger Meins — selbst vorbereiten bzw. in ihre Zielrichtung passende Aktivitäten unterstützen.

d) Der Terrorismus entwickelte sich immer mehr zu einem internationalen Phänomen, wobei auffallend gute Kontakte deutscher Terroristen zu anderen terroristischen Organisationen im Ausland festgestellt werden konnten. Immer häufiger sind deutsche Terroristen an entsprechenden Aktionen im Ausland beteiligt — beispielsweise beim Anschlag gegen die OPEC-Konferenz im Dezember 1975 in Wien. Gute Kontakte bestehen offensichtlich auch zu der internationalen Terrorgruppe des Venezolaners Ramirez Sanchez (genannt „Carlos“).

e) Außerdem gibt es eine Reihe publizistischer Organe, die den Aktivitäten terroristischer Gruppen mit Sympathie begegnen. Nicht alle der hier genannten Blätter existieren mehr: Agit 883, Fizz, Der Metzger, Berliner Anzünder, Wir wollen alles, Der lange Marsch, Frankfurter Gemeinde. Fast alle Blätter erschienen bzw. erscheinen in Berlin, wo sich besonders günstige Bedingungen für eine Subkultur entwickelt haben.

Daneben gibt es noch Publikationen anarcho-marxistischer, räte-anarchistischer und anarcho-syndikalistischer Orientierung. Nicht alle, die sich dem „Anarchismus“ verschrieben haben, identifizieren sich jedoch völlig mit der terroristischen Linie einer RAF. Zu jenen anarchistischen Publikationsorganen gehören die Zeitschriften „Befreiung“, „Revolte“, „Schwarze Protokolle“ u. a.

## V. Rückblick auf zehn Jahre Protestbewegung

Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland — immerhin das wichtigste innenpolitische Ereignis in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre — existiert heute als solche nicht mehr. Allerdings gibt es zahlreiche Nachfolgeorganisationen, deren Existenz nur vor dem Hintergrund dieser Protestrevolte verständlich ist.

Die Protestbewegung konnte deshalb sehr viele Anhänger und Sympathisanten auf sich vereinigen, weil sie sich in erster Linie als eine moralische Empörung gegen bestimmte Verhältnisse und Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft verstand. Sie war

jedoch auch eine Bewegung, die über kein klar definiertes politisches Programm verfügte, ja, deren Kennzeichen sogar in erster Linie darin bestand, daß sich ihre Anhänger in der Ablehnung der bestehenden Verhältnisse einig wußten, nicht jedoch über gemeinsame politische Perspektiven über das „Wie“ und „Wohin“ der Veränderung der abgelehnten Gesellschaft verfügten. Das Wesen der Protestrevolte bestand in ihrem spontanen, zum Teil unberechenbaren Charakter, deren Emotionalität als solche auf viele junge Mitbürger mitreißend wirkte. Unter dem Eindruck einer wirtschaftlichen Tendenzwende hat sich

Jedoch heute innerhalb der jüngsten akademischen Generation eine andere Atmosphäre entwickelt, die infolge eines sich immer mehr verschärfenden Numerus clausus und anhaltender Arbeitslosigkeit die heutige Wohlstandsgesellschaft keineswegs mehr als eine Selbstverständlichkeit betrachtet.

Nach Auflösung des SDS im Jahre 1970 wurden von den meisten Nachfolgeorganisationen des SDS die ideologischen Vorstellungen der Protestbewegung vehement abgelehnt. An die Stelle der innerhalb des SDS feststellbaren Organisationsfeindlichkeit trat zeitweilig ein wahrer „Organisationsfetischismus“ — an die Stelle freiwilliger und spontaner Aktivität der Aufruf zu revolutionärer Disziplin. Als revolutionäres Subjekt wurde jetzt nicht mehr der Student oder der „Intellektuelle“ als Agent z. B. der Befreiungsbewegung der Dritten Welt angesehen, sondern das Industrieproletariat selbst, das bisher für völlig unfähig angesehen wurde, Einsicht in seine wahre soziale und politische Lage nehmen zu können. Der Aufbau kommunistischer Kaderorganisationen, verbunden mit dem jeweiligen Absolutheitsanspruch auf alleinige politische „Wahrheit“, ließ die Protestrevolte in eine Unzahl sich bekämpfender Organisationen zerfallen.

Gleichwohl darf nicht vergessen werden, daß trotz des Ausbaus marxistisch-leninistischer Kaderorganisationen auch solche Gruppierungen weiterhin am Leben blieben oder teilweise sich neu bildeten, die die „antiautoritären“ Positionen des SDS weiter verfolgten.

Darüber hinaus war aber auch als ein wichtiges Ergebnis der antiautoritären Protestbewegung ein Anwachsen einer unpolitischen Underground-Kultur festzustellen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Faszinationskraft der antiautoritären Protestrevolte nicht zuletzt auch durch die Tatsache begründet wurde, daß mit ihr eine von der Erwachsenenwelt abgeschirmte Teilkultur entstand, die eigene Normen entwickelte. Ein erheblicher Teil des Protestpotentials wanderte ab in den weiten Bereich der Subkultur, ohne darüber hinaus noch originär „politisch“ aktiv zu sein. Auch die sogenannte „Hasch-Welle“ ist im Zusammenhang mit der Protestbewegung zu sehen. In nicht zu unterschätzendem Ausmaß gewannen mit dem Ende der Protestbewegung aber auch religiöse Gruppen und Sekten innerhalb der jungen Generation an Bedeutung.

Grundlegend gewandelt hat sich der Kampf der Linken in und außerhalb des Hochschulbereiches, wobei zweifelsohne die Hochschule nach wie vor das Hauptagitationsfeld einer vielzersplitterten Linken darstellt. Diese grundlegende Veränderung der einstigen antiautoritären Revolte, die auf dem Minimalkonsens der Ablehnung der bestehenden Gesellschaftsform basierte, zeigt sich u. a. an folgenden Kennzeichen:

a) *Dogmatismus*: Kennzeichen der Protestrevolte war eine ständige Diskussion grundsätzlicher Fragestellungen, zwar sehr stark ideologisch vorgeprägt, doch nicht mit dem gleichen Absolutheitsanspruch auf alleinige ideologische und politische Richtigkeit versehen, wie dies die einzelnen Parteien — und Parteiansätze — tun.

b) *Bejahung der Organisation*: Die antiautoritäre Revolte lebte von spontanen Aktionsformen (wie Sit-ins, Go-ins) und von einer ausgeprägten Organisationsfeindlichkeit. Jetzt wird der Ausweg in ‚revolutionärer Disziplin‘ gut geschulter und straff organisierter Kaderorganisationen gesehen.

c) *Rückkehr zum tagespolitischen Kampf*: Die nebulöse und sehr generalisierende Argumentation, mit der „die Herrschenden“ in der antiautoritären Phase bekämpft wurden, wich einer weitgehenden Rückkehr zum tagespolitischen Kampf, d. h. einem Eingehen auf konkrete tagespolitische Probleme. Dies führte im übrigen auch dazu, daß eine Mitarbeit in „bürgerlichen“ Gremien wie Studentenparlament, Stadtrat (siehe KBW in Heidelberg) oder Beteiligung an Landtags- und Bundestagswahlen wiederaufgenommen wurde.

d) *Die Arbeiterklasse als Führer der Revolution*: Zumindest verbal bekunden fast alle studentisch geprägten Gruppen die Notwendigkeit, daß „das Proletariat“ an der Spitze der Revolution zu stehen habe und nicht — wie zu SDS-Zeiten argumentiert wurde — die Intelligenz einen „stellvertretenden Kampf“ für das seine eigenen Interessen nicht erkennende Proletariat zu führen habe.

Darüber hinaus sind noch einige weitere abschließende Anmerkungen wichtig:

— Wichtigstes Ergebnis der Studentenrevolte ist aber zweifelsohne die Tatsache, daß durch diese die Agitation der DKP vor allem innerhalb des Hochschulbereiches vorbereitet und ermöglicht wurde. Die Konfrontation mit der Ideologie der DKP zwang die einzelnen politischen linken Gruppen häufig in eine ideolo-

gische Defensive — zumindest aber sind fast alle politischen Schriften der linken Organisationen gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit der DKP-Politik. Die DKP-Konkurrenz zwang auch die einzelnen linken Organisationen zu einer stärkeren Zusammenarbeit, bzw. zu Zusammenschluß, wenn sie nicht völlig bedeutungslos werden wollten.

— Zwar ist die Mitgliedszahl in den einzelnen linksextremen Organisationen teilweise sehr gering, dennoch kann auch diesen Organisationen eine erhebliche Bedeutung nicht abgesprochen werden. Zum einen ist der Einsatzwille bekanntlich in extremistischen Organisationen immer groß, so daß auch wenige Personen relativ groß angelegte Aktionen tragen und vorbereiten können, zum anderen gelingt es solchen Organisationen vielfach, mit Hilfe von Sympathisanten z. B. Demonstrationen mit einer erheblichen Breitenwirkung durchzuführen. Unbestreitbar stellen nach wie vor in einem sehr wichtigen Bereich unserer Gesellschaft, nämlich im Bereiche der Hochschulen, linke Gruppierungen im weitesten Sinne — das Spektrum reicht hier von Juso-Hochschulgruppen bis hin zu Maoisten und Spartakus — in den meisten Fällen die Mehrheit im Studentenparlament. In diesem Sinne gibt es zwar nur wenige Gruppierungen, die heute noch unverändert die politische Position der Protestbewegung vertreten, doch gibt es eine Fülle von Nachfolgeorganisationen, die ihre Existenz letztlich einer studentischen Bewegung verdanken, deren mitreißende Sprengkraft in weiten Teilen der jungen Generation heute vielen nicht mehr gewärtig ist.

— Kennzeichen jener Nachfolgeorganisationen ist aber auch, daß sie in der Regel nicht mehr isoliert im Hochschulbereich politisch

wirken wollen. Die Beteiligung einer ganzen Reihe linksextremer Organisationen an Landtags- und Bundestagswahlen zeigt dies deutlich auf — wobei Ziel einer solchen Wahlbeteiligung ist: Anerkenntnis als politische Partei (Erwerb eines ‚Parteienprivilegs‘), erhöhte Agitationsmöglichkeiten innerhalb der Bevölkerung und politische Nutzbarmachung von Sendezeiten in den Massenmedien.

— Wer das Spektrum der politischen Linken in der Bundesrepublik analysiert, wird dabei an vielfache Ähnlichkeiten der Orientierungen und Entwicklungen in der Weimarer Zeit erinnert<sup>81)</sup>.

— Abschließend sei nochmals darauf verwiesen, daß die Faszinationskraft der antiautoritären Revolte nicht zuletzt deshalb eine solche Breitenwirkung hat ausüben können, weil die Protestbewegung letztlich das Ergebnis einer Krise westlicher Demokraten darstellt, „einer Krise ihrer Fähigkeit, ihre grundlegenden Werte inmitten stürmischen technologischen und sozialen Wandels der eigenen Jugend wirksam weiterzugeben und sie den nicht-westlichen Ländern glaubhaft zu machen, deren eigene traditionelle Kulturen zu Opfern der wirtschaftlichen und politischen Expansion des Westens geworden sind“<sup>82)</sup>. Die Existenz der Protestbewegung zeigte ein tiefes normatives Defizit in unserer pluralistisch verfaßten Gesellschaftsordnung auf. Aus diesem Grunde erweist sich auch die Grundwertediskussion in unserer Gesellschaft als außerordentlich wichtig.

---

<sup>81)</sup> Siehe hierzu: Hans Manfred Bock, Geschichte des ‚linken Radikalismus‘ in Deutschland, Frankfurt 1976.

<sup>82)</sup> Richard Löwenthal, Der romantische Rückfall, Stuttgart 1970, S. 9.

## Abschied vom Protest oder Ruhe vor dem Sturm?

## Studenten und Politik in der Bildungskrise

Kaum waren in den letzten Jahren die sichtbaren Zeichen studentischen Protestes und des Interesses in der Politik verschwunden oder jedenfalls seltener geworden, da wurden in der veröffentlichten Meinung Stimmen laut, die in fast wehmütiger Erinnerung an eine kritische und protestierende Studentengeneration eine vermeintliche politische Profillosigkeit der heutigen akademischen Jugend beklagten. Befürchtungen wurden immer stärker, daß Wirtschaftskrise, staatliche Finanzkrise und Bildungskrise im Zusammenwirken zu einer politischen Disziplinierung der Jugend, damit unweigerlich zu einem in dieser Art nicht wünschbaren Konformismus und zu politischer Apathie führen werde<sup>1)</sup>. Zumindest unterschwellig kommt die Sorge zum Vorschein, daß eine von besorgten Demokraten wohl zunächst mehr beschworene als geglaubte Tendenzwende hin zu einer gemäßigten ideologischen Orientierung der Studenten sich auf eine neue Art gegen das politische System wenden könnte: Die kritische Studentenschaft, der „Vorreiber“ gesellschaftlichen Wandels, der „Sauerteig“ der Nation funktioniert offensichtlich nicht mehr.

Die Befürchtungen gelten jedoch nicht nur den unmittelbar politischen Aspekten des anhaltenden Klimawechsels. So verweist man auf den zunehmenden Konkurrenzdruck an den Schulen und Universitäten, der sich nicht nur in vermehrtem Auftreten psychischer Schäden unter Studenten und Schülern verdeutlicht, sondern darüber hinaus eine Umschichtung der Wertmaßstäbe nach sich zieht, die den bisherigen Stellenwert von Begriffen wie „Solidarität“ und „Gemeinschaftssinn“, ja das Konzept einer „humanen Schule“ funda-

<sup>1)</sup> Die diesbezüglichen Warnungen von Alfred Grosser in seiner Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche fanden ein breites Echo. Er unterstrich seine Warnung, „eine Generation von Duckmäusern“ heranzuziehen, anlässlich eines Vortrages an der Universität Bremen. Vgl. dazu: Kurt Reumann, Für einen Abend Toleranz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 2. 1976. Ein ähnlicher Tenor findet sich ebenfalls in dem Beitrag von Ralf Dahrendorf, Der Abbau von Offenheit und Liberalität, in: Frankfurter Rundschau Nr. 221, 24. September 1975.

mental in Frage stellt<sup>2)</sup>. Die Erörterung der Situation braucht nicht ohne immer neue reichhaltige Illustrationen von der „Numerus clausus-Front“ auszukommen, wo die Entwicklung vereinzelt so groteske Formen anzunehmen beginnt, daß selbst der zynische Betrachter der Szene auf seine Kosten kommen dürfte<sup>3)</sup>. Kongruente Veränderungen sind ebenfalls auf der kulturellen Szene zu beobachten: Die Literatur hat zum Rückzug aus der Politik geblasen und sucht selbstbesinnendes Engagement im Privaten<sup>4)</sup>, auch in der Theaterlandschaft dominiert der „Rückgriff auf Bewährtes“<sup>5)</sup>. In der (Auslands-) Presse beginnt man, zunächst vom Inland ungehört, in lauterem Tönen die Gefahr eines McCarthyismus in der Bundesrepublik zu beschwören<sup>6)</sup>.

<sup>2)</sup> Vgl. dazu: Hellmut Becker, Was hat die Reform bewirkt? Positive Effekte und negative Folgen — eine Bilanz vom Strittigem und Unstrittigem, in: Die Zeit, Nr. 4, 16. 1. 1976.

<sup>3)</sup> Vgl. dazu stellvertretend für eine Reihe von diesbezüglichen Beiträgen im Spiegel den Erfahrungsbericht von Heidrun Fischer, Wofür habe ich 13 Jahre lang gelernt? in: Der Spiegel, Nr. 47, 1975.

<sup>4)</sup> Dies konkretisiert sich auch und in besonderem Maße in der Person eines vormaligen Exponenten des politischen Engagements der Literatur, Günter Grass. „... wenn jemand 10 Jahre lang sich aus seinem schriftstellerischen Beruf herausbegibt und sich mit Politik befaßt, dann sammelt er eine Menge Erfahrungen und findet auch Anlaß zur Resignation ... Die Wählerinitiative, die ich begründete, arbeitet weiter. Mein Engagement hat nachgelassen.“ So Günter Grass in einem Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger. Vgl. dazu: Werner Krüger, Wenn ein Autor seinen Schreibtisch umstößt. Zwischen politischem Engagement und einem altmodischen Beruf, in: Kölner Stadtanzeiger Nr. 41, 18. Februar 1976.

<sup>5)</sup> Vgl. Ivo Frenzel, Stagnation und Manipulation, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 25, 31. 1./1. 2. 1976.

<sup>6)</sup> Vgl. François Bondy, Gedemütigte Kultur?, in: Die Zeit, Nr. 6, 30. 1. 1976. In der Person des Senators McCarthy personifizierte sich die restaurative Bewegung in den USA zu Anfang der 50er Jahre. Charakteristisch für das ideologische Syndrom des McCarthyismus sind Erscheinungen wie Rassismus und ausgeprägte Kommunistenfurcht, was in entsprechenden antikommunistischen Haltungen zum Ausdruck kam. Als Analyse dieser Bewegung und ähnlicher rechtsradikaler Bewegungen in den USA vgl. Seymour Martin Lipset, The Sources of the „Radical Right“, in: Daniel Bell (Hrsg.), The Radical Right, New York 1964, S. 307—371.

Krise, Disziplinierung, Anpassung, Rückgriff auf Bewährtes — dies scheinen also kennzeichnende Stichworte für eine Situation, in der „Tendenzwende“ eine selbst für politische Schlagworte bemerkenswerte Inflationierung erfuhr <sup>7)</sup>. Damit ist ein bezeichnender Rahmen für eine Untersuchung über politische Orientierungen der akademischen Jugend in der Bundesrepublik abgesteckt, deren wesentliche Ergebnisse im folgenden vorgestellt werden <sup>8)</sup>. Das Erkenntnisinteresse der Studie richtete sich entsprechend schwerpunktmäßig auf zwei Fragestellungen: a) Wirken sich die ungelösten bildungspolitischen Probleme an den Hochschulen auf die politischen Einstellungen und auf politisches Verhalten der Betroffenen aus? b) Worin unterscheidet sich die heutige Studentengeneration über ihre offen-

sichtlich veränderte „objektive Situation“ hinaus von der „Protestgeneration“ der sechziger Jahre?

Die Ergebnisse der Studie liefern sicherlich keine erschöpfenden Antworten, jedoch geben sie einige Hinweise, die auf ihre politische Relevanz hin zu prüfen sind. Zunächst sind hier einige Grundlinien des Bildes aufzuzeigen, das die Betroffenen von ihrer eigenen Situation zeichnen, um dann einige Aspekte der „politischen Kultur“ der akademischen Jugend im Kontext dieser Situation zu bewerten. Zum Vergleich sind einige Ergebnisse von Untersuchungen aus Tagen der Studentenbewegung herangezogen; dies erleichtert die heutige Standortbestimmung und macht gleichzeitig die Bewertung weniger beliebig.

## I. Die hochschul- und bildungspolitische Lage aus der Sicht der Betroffenen

37 % der im Sommer 1975 befragten Studenten sind in ihrem Studienfach von Zugangsbeschränkungen betroffen; so erhielten 20 % ihr Studienfach nur aufgrund ihres Notendurchschnittes, 7 % mußten einige Zeit auf den gewünschten Studienplatz warten, 4 % verlegten sich auf ein anderes Studium und 2 % studierten ein Ausweichfach. Die Situation hat sich insofern verschärft, als noch im Wintersemester 1973/74 nach eigenen Angaben nur 23 % der Studenten wissenschaftlicher Hochschulen vom Numerus clausus betroffen waren <sup>9)</sup>. Diese Relationen muten auf den ersten Blick nahezu harmlos an;

dieser Eindruck ändert sich jedoch schon, wenn man in absoluten Zahlen (hoch-)rechnet. Geht man davon aus, daß sich die Untersuchungsstichprobe im Sommersemester 1975 auf eine Grundgesamtheit von ca. 450 000 Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen bezieht, sind mindestens 165 000 Studenten in ihrem Fach vom Numerus clausus betroffen, 89 000 studieren nur aufgrund des Notendurchschnittes, 31 000 haben gewartet, 18 000 haben ihren Studienwunsch aufgegeben, 10 000 blockieren zur Zeit Plätze in Ausweichfächern. Differenziert man nach Fachsemestern, dann verlieren die Relationen gänzlich ihre Harmlosigkeit und illustrieren die zunehmende Problematik des Numerus clausus in den letzten Jahren. Bei den Erstsemestrigen z. B. sehen sich mehr als 50 % vom Numerus clausus betroffen, 16 % von ihnen haben auf den Studienplatz gewartet, 6 % betreiben ein Ausweichstudium und bereits jeder zehnte hat sich zu einem anderen Studium entschlossen. Betroffen sind mittlerweile alle Fachbereiche, so daß sich hier keine sehr großen Unterschiede mehr ergeben, sieht man von der Ausnahmesituation bei den Medizinern ab. Dort macht die Aussicht auf spätere materielle Belohnungen das Fach so attraktiv, daß 35 % der Medizinstudenten in Kauf genommen haben, auf den Studienplatz zu warten (vgl. Tab. 1). Die tatsächlichen Zahlen liegen eher über als unter diesen Angaben. Man kann wohl zur Zeit davon ausgehen, daß jährlich ca. 35 000 Studierwillige keinen Studien-

<sup>7)</sup> Die durchaus treffende Bemerkung, die Tendenzwende sei „eine Zeitlang zu Tode zitiert“ worden, fiel in der Rubrik „Das Streiflicht“ in: Süddeutsche Zeitung vom 26. 11. 1975.

<sup>8)</sup> Die Studie wurde im Sommer 1975 durchgeführt von ZUMA, Zentrum für Umfragen und Analysen Mannheim, in Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie mit dem Lehrstuhl für Politik an der Universität Kiel. Die Feldarbeit wurde von Infratest, München, durchgeführt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für ca. 450 000 Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin; von der Befragung ausgeschlossen waren Studierende von Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen. Befragt wurden 1994 Studenten. Detailliertes Datenmaterial liegt in Form eines Forschungsberichtes vor. Vgl. Karl-Josef Does, Studenten 1975. Ergebnisse einer Befragung unter Studenten zu Studien, Beruf, Politik und Hochschule; Alfter, hektographiert November 1975.

<sup>9)</sup> Vgl. Infratest-Hochschulbarometer. Befragung von Studierenden, Wintersemester 1973/74.

Tabelle 1

Frage: Als Sie Ihr jetziges Studienfach zu studieren begannen, welche Rolle spielte da der Numerus clausus für Sie persönlich?

	gab in meinem Fach keinen Numerus clausus	Studien- platz wegen Noten- durch- schnitt erhalten	auf Studien- platz gewartet	mußte andere Fächer wählen	studiere ein Aus- weich- fach	Sonstige	n**)
Studenten insgesamt	63***)	20	7	4	2	3	1 994
<b>Studenten im ... Fachsemester:</b>							
1	48	19	16	9	6	1	86
2—4	53	27	7	5	3	4	710
5—10	66	18	7	4	1	3	893
11 und mehr	80	9	8	1	—	2	213
<b>Studenten der ... Studienrichtung:</b>							
Mathematisch/ Naturwissenschaftl.	70	19	2	5	2	2	263
Wirtschafts-/ Sozialwissenschaften	75	11	4	4	2	3	202
Medizin	4	49	35	4	2	5	224
Philosophie	80	11	3	4	1	2	318
Theologie *)	84	3	—	5	—	8	38
Jura	77	11	4	6	3	—	193
Technik	80	16	10	2	—	2	117
Kunst *)	51	20	20	2	—	7	45

\*) Angaben sind unzuverlässig wegen zu geringer Fallzahlen

\*\*\*) n = Anzahl der Befragten

\*\*\*) Prozent der Befragten

platz erhalten<sup>10)</sup>. Für das Wintersemester 1975/76 mußte die ZVS 45 000 Bewerbern endgültig ablehnenden Bescheid geben. Es fehlten z. B. 23 000 Plätze für Medizin, je 5 000 für Zahnmedizin und Psychologie, 3 000 in Pharmazie und ca. 2 000 in Biologie<sup>11)</sup>.

<sup>10)</sup> Zu einer Bewertung des Problems unter längerfristigen arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten vgl. Hayo Matthiesen, Eine verlorene Generation. Bildungskatastrophe, 2. Teil: 1,5 Millionen ohne Job, in: Die Zeit, 2. 1. 1976.

<sup>11)</sup> So eine Meldung in der Süddeutschen Zeitung vom 14. 1. 1976 „Semesterbilanz. Aus einem Bericht der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen“.

Es kann nicht ohne einen gewissen Beigeschmack von Zynismus bleiben, die quantitativen Relationen des Problems hervorheben zu müssen, wo eigentlich die verfassungsethische Relevanz von Einzelschicksalen im Vordergrund zu stehen hätte, selbst dann, wenn die Verfassungskonformität der Zulassungsbeschränkung im Prinzip und formal bestätigt ist. Verfassungskonform sind sie nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 13. Juli 1972 dann, wenn „Vergleichbarkeit von Anforderungen“ gewährleistet ist. Die Anwendung dieses Kriteriums mag zwar laut juristischer Abstraktion erfüllt sein; von einer Legitimation der Entscheidungskriterien kann

jedenfalls dann keine Rede sein, wenn man sie nicht von einer grotesken Scheingerechtigkeit, sondern von der Akzeptierung durch die Betroffenen abhängig macht. So einschneidend nämlich die Zugangsbeschränkungen für die Studienbewerber sind, so einhellig werden die praktizierten Zulassungskriterien abgelehnt: Nur 16 % halten das Auswahlverfahren für gerecht, 12 % enthalten sich einer Beurteilung und 72 % disqualifizieren die Verfahren als ungerecht<sup>12)</sup>. Diese negative Beurteilung geht quer durch die Reihen einzelner Gruppierungen, sieht man einmal davon ab, daß sich positive Stellungnahmen vergleichsweise etwas häufiger bei Studenten in Bayern sowie unter den Jurastudenten finden. Als Begründung für die Ungerechtigkeit des Auswahlverfahrens wird eine Vielzahl detaillierter Kritikpunkte angeführt. Im Vordergrund steht erwartungsgemäß Kritik daran, daß die Studienchance an die Abiturnote gebunden ist. Ein eher prinzipieller Bezug der Kritik findet sich bei 6 % der Unzufriedenen, die die soziale Chancengleichheit verletzt sehen. Negative Auswirkungen des Leistungsdrucks stehen bei 7 % im Vordergrund. Es ergeben sich keine wesentlichen Verschiebungen der Kritikscherpunkte, wenn man die Befragten nach Semesterzahl gruppiert. Unterschiede dagegen gibt es zwischen einzelnen Fachbereichen. So wird die Subjektivität der Notengebung besonders von Studenten der Naturwissenschaften hervorgehoben; Mediziner wenden sich in erster Linie dagegen, daß alle Fächer mit in die Bewertung einbezogen werden. Entsprechend dieser Kritik bevorzugen sie vergleichsweise häufig „fachspezifische Eignungstests“ als Problemlösungsalternative.

Allgemein ist die Kritik an den Zuständen von einer weitgehenden Ratlosigkeit darüber begleitet, wie man die Probleme lösen könnte, wenn man vom „weiteren Ausbau der Hochschulen“ absieht. Vorschläge, die auf eine Kürzung und Straffung des Studiums hinauslaufen, lehnt man bezeichnenderweise nahezu einhellig ab oder zieht sich allenfalls auf abstrakte Leerformeln wie „Neustrukturierung der Studiengänge“ zurück.

Die langjährigen Bemühungen der Bildungspolitiker als Hochschul- und Studienreformer haben sich offensichtlich im günstigen Fall überhaupt nicht auf die Betroffenen ausge-

<sup>12)</sup> Soweit hier und im folgenden zitierte Daten nicht eigens in einer Tabelle angeführt sind, sind diese dem genannten Forschungsbericht entnommen.

wirkt (44 % äußern sich dementsprechend); für fast jeden dritten haben sie jedenfalls zu negativen Konsequenzen geführt; nur 12 % sehen positive Ergebnisse. Damit stellt sich die Beurteilung im Sommer 1975 um einiges skeptischer dar als noch eineinhalb Jahre früher, als bei identischer Fragestellung 24 % der Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen die Auswirkungen der Reformen positiv beurteilten, 24 % negative und 27 % keine Auswirkungen sahen<sup>13)</sup>. Die Kritik an Prüfungsordnungen und Studienabläufen ist dabei sehr detailliert und bezeichnet die bekannten Mängel. Die Unzufriedenheit wird um so deutlicher, je länger die Betroffenen studieren und insofern wohl auch in der Lage sind, eine kritische Distanz zum Studienbetrieb zu gewinnen. Will man noch Schwerpunkte setzen, dann sind es in Wiso-Fakultäten und noch mehr bei Juristen der Studienbetrieb, bei Medizinern die Prüfungsordnung, auf die sich die Kritik vornehmlich richtet. Didaktische Unzulänglichkeiten (11 %), Massenveranstaltungen (11 %) und Praxisferne des Studiums (12 %) liegen im Zentrum der Detailkritik. Unter mangelnder Qualifikation der Lehrkräfte leiden offensichtlich besonders Juristen und Lehramtskandidaten. Faßt man die Befunde zu einem Gesamteindruck zusammen, so bilden diese Einstellungen nicht nur ein Spiegelbild von Fakten, sondern ebenfalls der Ratlosigkeit und Verwirrung in der interessierten Öffentlichkeit unter den Politikern.

Kennzeichnend ist in diesem Zusammenhang die eher resignierende Haltung gegenüber Verantwortlichkeiten und Problemlösungskompetenz der Bildungspolitiker. Fragt man nach den Ursachen für zu erwartende verschlechterte Berufsaussichten von Akademikern, nehmen hier nur 3 % Bezug auf eine „verfehlte Bildungspolitik“; in erster Linie werden in der aktuellen Wirtschaftslage, der Finanzkrise des Staates oder einfach im „Überangebot“ von Bewerbern die Ursachen gesehen. Letzteres trifft besonders für Juristen zu, während bei Studenten der philosophischen Fachbereiche, dies sind in erster Linie also Kandidaten für das höhere Lehramt, Einsparungen im Fachbereich maßgebend sind und noch am ehesten eine Verbindung zu Fehlern und Versäumnissen der Bildungspolitik gesehen wird.

Geht man davon aus, daß noch vor einigen Jahren ein Universitätsexamen nahezu als ein

<sup>13)</sup> Vgl. Infratest-Hochschulbarometer.

Freibrief für überdurchschnittlich gute Berufsperspektiven zu betrachten war, dann zeugt es von weitgehender Ernüchterung und Pessimismus, wenn weniger als die Hälfte der Studierenden ihre beruflichen Aussichten als „gut“ und zum geringsten Teil als „sehr gut“ einstufen. Eine Ausnahme machen hier allerdings — wie zu erwarten — die Mediziner, die mit ungebrochenem Optimismus in ihre berufliche Zukunft schauen. Allgemein wird die Situation um so pessimistischer gesehen, je weiter der Eintritt ins Berufsleben noch in der Zukunft liegt. Beruflicher Pessimismus orientiert sich also nicht nur an kurzfristigen Aspekten der aktuellen wirtschaftlichen Lage, sondern ist durchaus von einer längerfristigen Perspektive getragen, in der der strukturelle Aspekt einer möglichen Akademikerarbeitslosigkeit gesehen wird. Offensichtlich beginnt sich hier die Überzeugung durchzusetzen, daß in den nächsten Jahren für die in Frage kommenden Positionen eine wachsende Zahl von Bewerbern zur Verfügung stehen wird und die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt entsprechend sinken werden.

Diese tendenziell eher pessimistische Beurteilung der Zukunft räumt der Frage ein besonderes Gewicht ein, welche Maßstäbe für beruflichen Erfolg man akzeptiert und inwieweit man glaubt, daß diese Maßstäbe in der Gesellschaft der Bundesrepublik verwirklicht

seien. 80 % der befragten Studenten sehen in der Sachkompetenz des einzelnen, wie sie in Begriffen wie „Leistung“ oder „Erfahrung“ zum Ausdruck kommt, das vorrangige Legitimationsprinzip für beruflichen Erfolg. Dieser Einschätzung entspricht dabei weitgehend die als in der Bundesrepublik maßgebend perzipierte Rangfolge von Erfolgskriterien. Es scheint also (noch) die Überzeugung maßgebend zu sein, verschlechterte Berufschancen könne man durch persönlichen Einsatz und Leistungsbereitschaft kompensieren. Es sind jedoch einige Zweifel angebracht, ob die hier anklingende „privatistische“ Leistungsideologie mehr als nur ein verbales Bekenntnis oder kurzfristige Reaktion auf widrige Umstände bleibt und einer härteren faktischen Beanspruchung standhalten kann. Umfragen aus der Zeit kurz vor dem Beginn der Studentenbewegung kamen zu ganz ähnlichen Befunden<sup>14)</sup>, und dennoch wurde das Leistungsprinzip in der Folge der Studentenbewegung zu einem der zentralen Begriffe, an denen sich aufgrund seiner negativen Symbolkraft die Kritik am politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik verdichten konnte (vgl. Tab. 2).

<sup>14)</sup> Vgl. dazu Erwin K. Scheuch, Die Jugend gibt es nicht. Zur Differenziertheit in heutigen Industriegesellschaften, in: Jugend in der Gesellschaft. Ein Symposium, München 1975, S. 54.

Tabelle 2

**Einschätzung von tatsächlichen und gewünschten Bewertungskriterien für beruflichen Erfolg**

	Einschätzung von tatsächlichen Kriterien					Als gewünschtes Bewertungskriterium (Nennungen an 1. Stelle in %)
	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	Mittelwert	
Leistung	48	46	5	0	1,56	49
Durchsetzungsvermögen	43	50	6	1	1,63	5
Erfahrung	42	50	7	1	1,64	30
Anpassungsfähigkeit	32	50	12	2	1,83	3
Beziehungen	26	48	19	7	2,06	2
Formale Berufsausbildung	22	50	24	2	2,06	10
Zufall	7	24	44	25	2,87	0
Herkunft	6	22	36	36	2,03	0

Sieht man von dem Schimmer eines privatistischen Optimismus' ab, bleibt ein Tenor von Resignation und Pessimismus. Die Perzeption der Lage böte somit in der Tat eine gute Grundlage für eine weitergehende politische und soziale Disziplinierung in Überzeugung und Verhalten, wie sie von manchen gewünscht, von vielen mittlerweile gefürchtet wird<sup>15)</sup>. Der Augenschein von allenfalls gelegentlich gestörter Ruhe an den Universitäten, auf der anderen Seite nicht zuletzt manche Aspekte des „Radikalenerlasses“ lassen vermuten, daß eine Disziplinierung im Verhalten mittlerweile auch greift. Es erscheint außerdem nahezu auffällig, daß Verantwortlichkeiten für die Misere der bildungspolitischen Situation offensichtlich noch nicht einmal „verbal“ in Verbindung mit einer allgemeineren Systemkritik seitens der Studenten gesehen werden, sieht man von einem heute quantitativ unbedeutenden Teil der Studentenschaft ab. Das Pendel einer Situation, deren Ambivalenz sowohl den Impetus zur Anpassung an Systemzwänge als auch zur Kritik im erneuten Streben nach Systemveränderung enthält, scheint also zunächst zur Anpassung hin auszuschlagen. Die Frage, ob einer Disziplinierung selbst auf nur mittelfristige Sicht Erfolg beschieden sein kann, wird nun entscheidend gerade daher bestimmt, wie Studenten allgemein und die Betroffenen im besonderen bereit, in der Lage und veranlaßt sind, ihre Situation politisch einzuordnen, zu artikulieren und entsprechende organisatorische Konsequenzen zu ziehen. Es geht hierbei nicht nur um die Konstatierung quantitativer Relationen zwischen der Gruppe von mehr oder weniger angepaßten Studenten und den mehr oder weniger radikalen Systemveränderern, sondern auch und gerade um eine Veränderung dieser quantitati-

ven Relationen sowie um die Bedingungen, unter denen Verhaltens- und Organisationspotentiale aktivierbar sind.

Der Kern einer möglichen Entwicklung beginnt sich bereits abzuzeichnen: Mit dem Pessimismus der Befragten hinsichtlich zukünftiger beruflicher Perspektiven ist vergleichsweise häufig eine Neigung zu linksextremen Ideologien verbunden. Dies ist sicherlich ein Zusammenhang, wo Ursache und Wirkung nicht klar zu identifizieren und zu trennen sind, da politische Präferenzen für die Wahl des Studienfaches vorbestimmend sind und umgekehrt, und damit auch für die späteren beruflichen Aussichten. Politische Bedeutsamkeit gewinnt dieser Zusammenhang dann, wenn das Fehlen von Integrationsmechanismen durch „Sachzwänge“ der späteren beruflichen Sozialisation dazu führt, daß linksextreme Ideologie und Habitus verstärkt über die Studienzeit hinaus beibehalten werden. Denn unausbleibliche Frustrationen im persönlichen sozioökonomischen Bereich dürften von diesem politisch interessierten Kern eines — möglicherweise auch vom Selbstverständnis her — „akademischen Proletariats“ eben unmittelbar politisch artikuliert werden<sup>16)</sup>. Die faktische Ruhe an Universitäten verweist allerdings entsprechende Tendenzen heute noch ins Hypotetische. Jedoch zeigen die im folgenden skizzierten Einstellungen der Befragten zum politischen Verhalten im Bereich der Hochschule zu politischem Verhalten allgemein und zum politischen System der Bundesrepublik ein Verhaltenspotential, dessen Aktivierung zwar nicht in jedem Fall und in ganzer Breite zu erwarten ist, das gleichwohl noch deutlich genug vom Pfad gängiger Spielregeln demokratischer Tugend abweichen dürfte, um der Problematik der Bildungspolitik eine neue (alte) Dimension hinzuzufügen.

## II. Politisches Verhalten im Bereich der Hochschule

Die Bandbreite von praktizierten Alternativen, politische Überzeugungen und Interessen im Bereich der Hochschule außerhalb institutioneller Regelungen zu artikulieren und durchzusetzen, ist bekanntlich sehr groß. Sie reicht von themen-spezifischen Diskussionsveranstaltungen, allgemein bekannt unter der Bezeichnung „teach in“, bis hin zu Störungen und Boykott von Lehrveranstaltungen sowie zu Hochschul- und Institutsbesetzungen im

kleinen und großen Stil. Dabei beruht die Wirksamkeit „unkonventionellen“ Verhaltens nicht so sehr auf einer objektiven Machtposi-

<sup>16)</sup> Hier liegen auch die Unterschiede in den Konsequenzen einer Akademikerarbeitslosigkeit im Vergleich zur Arbeitslosigkeit anderer Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Jugendlichen. Politischer Artikulation der ersteren entspricht die soziale Artikulation bei den letzteren. Was vorzugsweise dort zur politischen Radikalisierung führt, führt vorzugsweise hier zu „sozialer“ Radikalisierung, wie es in steigender Jugenddelinquenz zum Ausdruck kommt.

<sup>15)</sup> S. Ralf Dahrendorf, ebd.

Tabelle 3

Aktivitäten zur Durchsetzung studentischer Interessen	es befürworten voll oder zumindest teilweise	es haben sich schon beteiligt	es würden sich auf keinen Fall beteiligen	es halten für „sehr wirksam“ oder „wirksam“
	(°/o der Befragten, n = 1994)			
Persönliches Gespräch mit Hochschullehrern im kleinen Kreis	86	47	4	66
Konsequente Arbeit der Studenten in Verwaltungsgremien der Universität	86	9	7	74
Diskussionsveranstaltungen zu einem bestimmten politischen Thema (teach ins)	84	42	5	58
Diskussion mit Hochschullehrern innerhalb von Lehrveranstaltungen	76	45	5	58
Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen innerhalb der Hochschule	73	9	15	54
Konsequente politische Mobilisierung der Studentenschaft	56	10	21	55
Boykott einzelner Lehrveranstaltungen	45	14	22	41
Totaler Verwaltungsstreik	38	15	28	41
Besetzung der Hochschule	18	2	52	28
Störung von Lehrveranstaltungen	15	4	47	17

tion der Studenten, sondern mißt sich in moralischen Kategorien, konzentriert sich darauf, die institutionalisierten Autoritäten zu verunsichern und deren Legitimität in Frage zu stellen<sup>17)</sup>. Während vormals entsprechende Verhaltensstrategien erst im Verlauf der Studentenbewegung entwickelt werden mußten, somit die Ritualisierung entsprechender Verhaltensweisen das Resultat eines andauernden innovativen und kreativen Prozesses war, könnte eine protestierende Studentenschaft heute auf ein breites Erfahrungsspektrum zurückgreifen<sup>17a)</sup>. Eine Verankerung in

<sup>17)</sup> In welchem Ausmaß dieses Ziel auch tatsächlich während der Studentenbewegung erreicht werden konnte, beschreibt Hermann Lübke in anschaulichen Beispielen; s. Hermann Lübke, Legitimitätsschwäche und Jugendbewegung, in: Jugend in der Gesellschaft. Ein Symposium, München 1975, S. 42 ff.

<sup>17a)</sup> Der Verlauf der Studentenbewegung, d. h. die Verlagerung von Aktivitäten in der Öffentlichkeit hin zu Aktivitäten in Kleingruppen war in diesem Sinne nicht nur Ausfluß einer Quasiautomatik der Bewegung, sondern auch Resultat einer reflektierten Strategie der Akteure. Vgl. dazu Jürgen Klü-

„historischen Erfahrungen“ der Studentenbewegung zeichnet sich jedenfalls deutlich in der derzeitigen Beurteilung solcher unkonventionellen Verhaltensmöglichkeiten ab.

Drei Aspekte der Beurteilung sind in der Untersuchung erfaßt: 1. inwieweit befürwortet man bestimmte Verhaltensweisen, 2. inwieweit hat man sich schon an ihnen beteiligt oder würde sich gegebenenfalls daran beteiligen und 3. für wie wirksam hält man sie zur Durchsetzung von studentischen Interessen und Bedürfnissen (vgl. Tab. 3).

Erwartungsgemäß werden Aktivitäten am Rande oder außerhalb der Legalität nur von einer kleinen Minderheit befürwortet; die tatsächliche Beteiligungsquote ist dort dementsprechend gering, dürfte jedoch möglicherweise in Wirklichkeit eher höher liegen

ver, Friedrich O. Wolf, Theorie und Praxis der Studentenbewegung. Gesichtspunkte zur Analyse ihrer Wissenschaftskritik, in: dieselben (Hrsg.), Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis. Konsequenzen aus der Studentenbewegung, Frankfurt/M. 1973.

als in der Befragung angegeben. Die politischen Aktivitäten beschränken sich bei der Mehrzahl vorzugsweise auf die spontane Artikulation von politischen Überzeugungen in Diskussionen und entsprechenden Veranstaltungen; an stetiger politischer Arbeit in politischen Gruppen oder in Universitätsgremien haben sich jeweils nur ca. 10 % beteiligt.

Der Quote tatsächlicher Beteiligung steht ein „hypothetisches“ Beteiligungspotential „für außergewöhnliche Situationen“ gegenüber, das ungleich größer ist. Zwar ist auch die potentielle, d. h. latente Bereitschaft zum politischen Engagement um so seltener, je mehr eine Aktivität persönliches Engagement erfordert und je stärker betreffende Aktivitäten am Rande der Legalität angesiedelt sind, jedoch schließen vier von fünf befragten Studenten ihre Beteiligung an einem Vorlesungsboykott oder einem „totalen Verwaltungstreik“ nicht aus, für jeden zweiten kommt eine Beteiligung an Hochschulbesetzungen oder Störungen von Lehrveranstaltungen in Frage. Die Einschätzung der Wirksamkeit der Aktivitäten laufen tendenziell parallel mit der grundlegenden Bewertung, illegale Aktivitäten fallen in ihrer eingeschätzten Wirksamkeit gegenüber konventionellen Formen ab, übersteigen hier jedoch immer noch die Beteiligungsquote. Besonders auffällig ist bezeichnenderweise die Diskrepanz, wenn es um „konsequente Arbeit der Studenten an der Universität“ geht: 74 % halten dieses Engagement für wirksam, aber nur 10 % haben sich schon beteiligt.

Die Einstellung gegenüber den Partizipationsformen ist verständlicherweise wesentlich bestimmt durch das politische Interesse und die politisch-ideologische Ausrichtung des einzelnen — zwei Faktoren, die sich insofern gegenseitig verstärken, als größeres politisches Interesse in der Regel mit einer Präferenz links-ideologischer Inhalte verbunden ist.

Generell ist die Zustimmung, Beteiligung und die Einschätzung der Wirksamkeit um so höher, je größer das politische Interesse und je ausgeprägter die Linksorientierung ist, wobei sich die politische Orientierung besonders deutlich auf die Einschätzung der unkonventionellen Aktivitäten auswirkt. Einen Boykott von Lehrveranstaltungen befürworten z. B. 56 % der politisch sehr stark interessierten Studenten, demgegenüber nur (aber immer noch) 37 % der desinteressierten; von Studenten mit extrem linker Orientierung sind es 75 %, von denen der gemäßigt linken Richtung 47 %, die z. B. einen Vorlesungsboykott

befürworten. 26 % der stark Interessierten gegenüber 14 % der Desinteressierten befürworten eine Hochschulbesetzung; dies tun 53 % der Studenten mit extremer, aber nur (oder auch immer noch!) 14 % derjenigen mit gemäßigt linker Orientierung. Ähnliche Differenzierungen finden sich entsprechend auch bei der Beteiligungsbereitschaft und besonders in der Einschätzung der Wirksamkeit. Die Effektivität konventioneller Aktivitäten wird dabei besonders von Studenten der extremen linken Richtung in Zweifel gezogen und die der unkonventionellen Formen besonders positiv beurteilt. Bei Studenten der gemäßigten Linie und bei Studenten mit geringem politischen Interesse ist es dagegen umgekehrt.

Diese Zusammenhänge sind nicht überraschend und bestätigen den Augenschein von studentischen politischen Aktivitäten der letzten Jahre. Bedeutungsvoller als die Tatsache, daß politische Interessiertheit mit einer weitgehenden Bejahung von Formen der Interessenartikulation am Rande oder außerhalb der Legalität zusammengeht, erscheint der Umfang des Beteiligungspotentials in der gesamten Studentenschaft. Auch wenn die Teilnahme hypothetisch bleibt — es werden sich kaum jemals 50 % der Studenten an einer Hochschulbesetzung beteiligen —, so zeigt sich doch ein breites Reservoir von mobilisierbaren Studenten und zumindest eine weitverbreitete Duldung sowie zum Teil auch stillschweigendes Einverständnis eines großen Teils der „schweigenden Mehrheit“ mit illegalen Formen politischer Aktivität im Hochschulbereich. Die Randzonen politisierter oder zu politisierender Studenten um den Kern entsprechender Aktivisten reichen also weit in diese Mehrheit hinein, jedenfalls zu weit, als daß man von einem prinzipiellen Gegensatz zwischen Verhaltensnormen linker Aktivisten und denen der schweigenden Mehrheit sprechen könnte — eine Mehrheit, die auf gar keinen Fall als eine homogene oder gar proflillose Masse zu betrachten ist<sup>18)</sup>.

<sup>18)</sup> Man muß hier darauf verweisen — wie überall, wo prozentuale Ergebnisse von Meinungsumfragen auf ein Aggregat projiziert werden —, daß es den Studenten nicht gibt, der etwa mit all den Merkmalen hinreichend zu beschreiben wäre, die auf mehr als 50 % des Aggregats „Studentenschaft“ zutreffen. Genausowenig gibt es die Jugend oder den Deutschen. Gleiches trifft auch auf den Wähler zu, auch wenn dieses personalisierte Konglomerat von Prozentverteilungen vorzugsweise im Vorfeld von Wahlen gern zum Objekt demoskopischer Folklore wird.

Charakteristisch für die Entwicklung der letzten Jahre scheint vielmehr, daß Studenten sich wieder mehr auf die Rolle des interessierten Zuschauers zurückziehen, dessen Gunst den Akteuren im politischen Raum von Fall zu Fall wechselnd erwiesen wird. Ein entscheidendes Merkmal dieser Rolle ist eine vergleichsweise großzügige Auslegung von Verhaltensspielregeln zugunsten der strukturell benachteiligten Akteure, sprich den Studenten selbst, sowie die bekannte Distanz zu einigen institutionalisierten Kanälen politischer Interessenartikulation im Bereich der Hochschule.

Das Theoretische am Interesse und die Distanz zum „Spiel“ zeigt sich besonders in der Einstellung zu institutionalisierten Formen von Demokratie im Hochschulbereich. So konnte sich die Teilnahme an Wahlen zum Studentenparlament als allgemein akzeptierte Wahlnorm weder in der Zeit studentischer Proteste noch zur heutigen Zeit ähnlich etablieren wie z. B. die Wahlbeteiligung auf anderen politischen Ebenen. Während vormals die institutionalisierten Möglichkeiten zur politischen Artikulation vergleichsweise wenig frequentiert wurden und hinter plebiszitären Bekundungen und Aktionismus zurücktraten oder allenfalls als Vehikel für die Mobilisierung der Studenten benutzt wurden, scheint das Hemmnis für eine größere Attraktivität derartiger institutionalisierter Interessenartikulation heute eher im verminderten partizipativen politischen Interesse selbst begründet; unterschiedliche Ausgangspunkte also für eine im Zeitablauf gleichbleibende Erscheinung, Ausdruck jedoch einer gemeinsamen Begründung, daß man politisches Verhalten in einem normativ so wenig fixierten Raum wie dem der Hochschule nicht eindeutig institutionell absichern kann. Im Bereich der Hochschule werden vielmehr unkonventionelles Engagement und Desinteresse an Formalismen geradezu provoziert, da ein Experimentierfeld mit begrenztem politischen Risiko vorhanden ist und die Freiheit des Experimentierens zudem für die Jugend, insbesondere die akademische Jugend (zumindest in Grenzen), sozial positiv sanktioniert ist.

Möglicherweise sind es die „gleichen“ Studenten, die gestern mobilisiert werden konnten und auf die Straße gegangen sind und die sich heute darauf beschränken zu wählen; möglicherweise ist es der „gleiche“ Kern von Studenten, die gestern ideologisch frei im linken Spektrum vagabundierten und heute sich verstärkt ans organisierte Dogma klammern —

nämlich immer eine mehr oder weniger aktive Minderheit von politisch Interessierten unter den Studenten. Insofern hat heute sicherlich eine Kanalisierung von Aktivitäten in eher überschaubare Institutionalisierungen stattgefunden. Eine Aufwertung institutionalisierter demokratischer Partizipationsformen im Bereich der Hochschule im Bewußtsein der Studenten ist daraus jedoch kaum abzuleiten.

Auf die Frage, warum sie an der letzten Wahl zum Studentenparlament nicht teilgenommen haben (im Sommersemester 1975 mindestens 40 % der Befragten) gaben 33 % der Nichtwähler als Grund eine bewußte Wahlabstinnenz an, weil kein geeigneter Kandidat oder keine geeignete Hochschulgruppe gesehen wurden. Eine Mehrheit von 52 % der Nichtwähler wählte wegen Desinteresse nicht: 30 % hatten keine Zeit, 17 % interessieren sich generell nicht für Wahlen, 5 % wußten nicht, daß Wahlen stattfinden (vgl. Tab. 4).

Es ergeben sich dabei einige erklärliche Besonderheiten, wie z. B., daß für ältere Semester Zeitmangel eine stärkere Rolle spielt, und daß es für Studenten der gemäßigten politischen Richtung vergleichsweise häufig keine wählbare politische Hochschulgruppe gibt; letzteres entspricht auch insofern dem Spektrum hochschulpolitischer Gruppierungen, als auf der linken Seite ein differenziertes und weitgehend auch profiliertes Angebot an politischen Gruppierungen existiert, während der nicht-linke Bereich allein durch den RCDS als einzige Gruppe repräsentiert wird, die einen nennenswerten Bekanntheitsgrad und politisches Profil besitzt. Die überwiegende Mehrheit der Nichtwähler ist jedoch weder für Wahlen noch für etwas anderes mobilisierbar. Mobilisierung oder „Demobilisierung“ bei den Wahlen betrifft also in erster Linie den Teil der Studentenschaft, der ohnehin als Voraussetzung ein Minimum an politischer Interessiertheit mitbringt.

Die Stimmabgabe selbst ist in erster Linie ein Votum für die gewählte Gruppe, nicht für den Kandidaten, wobei allgemeine politische Überzeugung und der Einsatz für Probleme der Studenten die beiden entscheidenden Determinanten der Wahlentscheidung sind: 34 % derjenigen, die gewählt haben, sehen den Grund für ihre Wahlentscheidung darin, daß sich die gewählte Hochschulgruppe für studentische Belange einsetzt, gleichviele (35 %) geben als Grund an, die Hochschulgruppe stimme mit den eigenen allgemeinen politischen Überzeugungen überein (vgl. Tab. 5).

Tabelle 4

## Gründe für die Abstinenz bei Wahlen zum Studentenparlament

	Wußte nicht, daß Wahlen stattfinden	Keine Zeit	Wahlen interessieren mich nicht	Kein geeigneter Kandidat war vorhanden	Fühle mich durch HS-Gruppe nicht vertreten	Durch Wahlen kann man doch nichts ändern
Studenten insgesamt **)	5	30	17	10	19	4
männlich	4	29	18	11	19	3
weiblich	7	32	15	9	18	7
evangelisch	15	30	9	21	4	10
katholisch	18	33	12	17	5	5
anderes	20	26	8	16	3	11
<b>politisches Interesse:</b>						
sehr stark	5	33	16	9	17	2
stark	3	36	12	11	19	4
schwach	6	27	20	10	19	4
<b>politische Ideologie:</b>						
extrem links	10	33	13	10	10	—
mitte links	9	32	13	12	18	4
schwach links	3	31	16	10	23	3
mitte	3	28	17	14	22	3
schwach rechts	4	28	24	7	17	5
<b>Fachsemester:</b>						
1 und 2	6	25	15	12	15	3
3 und 4	4	30	20	9	20	5
5 bis 7	4	36	20	9	15	4
8 bis 11	6	29	15	12	23	4
12 und mehr	4	36	16	7	20	6
<b>Fachbereiche:</b>						
Math.-Nat.	2	26	17	11	26	6
Wiso	3	33	17	5	15	8
Medizin	4	28	18	6	24	3
Phil.	6	32	14	11	15	5
Theol. *)	—	43	43	14	—	—
Jura	9	29	23	7	14	—
Technik	3	28	19	19	25	—
Kunst *)	9	44	13	4	13	—

\*) Angaben sind unzuverlässig wegen zu geringer Fallzahlen

\*\*) Nur die Gruppe, die bei Wahlen nicht gewählt hat

Tabelle 5

## Gründe für die Wahlentscheidung

	HS-Gruppe setzt sich für studentische Belange ein	HS-Gruppe stimmt mit meinen allge- meinen politischen Orientierungen überein	Kandidat war mir persönlich bekannt	Kandidat war sehr geeignet
Studenten insgesamt **)	34	35	9	13
männlich	35	35	9	12
weiblich	30	33	9	15
evangelisch	31	37	9	12
katholisch	36	31	10	14
anderes	36	35	8	12
<b>politisches Interesse:</b>				
sehr stark	35	40	8	10
stark	34	37	8	12
schwach	33	30	11	15
<b>politische Ideologie:</b>				
extrem links	39	46	5	8
mitte links	32	41	9	11
schwach links	35	32	11	14
mitte	40	22	7	14
schwach rechts	35	32	7	15
<b>Wahlentscheidung zum stud. Parlament:</b>				
linksextrem	38	40	9	11
linksliberal	33	41	9	15
<b>Fachsemester:</b>				
1 und 2	35	33	6	13
3 und 4	37	35	8	12
5 bis 7	37	33	11	11
8 bis 11	30	39	8	14
12 und mehr	27	30	15	12
<b>Fachbereich:</b>				
Math.-Nat.	31	26	13	16
Wiso	24	47	8	15
Medizin	39	29	10	8
Phil.	37	35	11	10
Theol. *)	37	21	21	11
Jura	31	41	7	13
Technik	39	29	10	10
Kunst	35	29	6	18

\*) Angaben sind unzuverlässig wegen zu geringer Fallzahlen

\*\*) Nur die Gruppe, die bei den letzten Wahlen gewählt hat

Die allgemeine politische Ausrichtung spielt für die Wahlentscheidung eine um so größere Rolle, je stärker man sich für Politik interessiert und je polarisierter die politische Ideologie vorhanden ist — auf dem linken wie auch auf dem rechten Teil des Spektrums. Dies führt insofern auch zu Unterschiedlichkeiten zwischen Fachbereichen, als in vergleichsweise stark politisierten Fachbereichen wie in philosophischen, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen und bei den Juristen politisch gewählt wird, während z. B. in mathematisch/naturwissenschaftlichen Fakultäten,

einem Bereich, der traditionell vergleichsweise wenig politisiert ist, studentische Belange oder die Qualifikation der einzelnen Kandidaten im Vordergrund standen.

Ob sich eine politische Artikulation der Probleme an der studentischen „Basis“ innerhalb der institutionellen Möglichkeiten vollzieht, hängt entscheidend davon ab, ob eine Problemlösungskompetenz den politischen Gruppen zugesprochen wird, die explizit innerhalb dieses vorgegebenen institutionellen Rahmens bleiben. Als einzelner Gruppe wird am häufigsten dem RCDS (Ring-Christlich-Demokra-

Tabelle 6

**Einstellungen zu hochschulpolitischen Problemen und Problemlösungskompetenz von Hochschulgruppen**

	Nennungshäufigkeit der hochschulpolitischen Gruppen für eine Problemlösung im Sinne des Befragten							Keine Gruppe
	... % sind dafür	... % halten eine Lösung für wichtig	RCDS	Sozial-Liberaler HS-Verband	Sozialistischer HS-Bund	Juso HS-Gruppe	Marxistischer Studentenbund	
hochschulpolitisches Problem:								
Allgemeines politisches Mandat für studentische Vertretungen	64	68	9	2	6	8	7	16
Verbesserung der Lebensbedingungen für Studenten am Studienort	93	90	11	2	5	7	6	20
Verbesserung der Studienbetreuung für Erstsemestrige	94	91	10	2	3	5	5	21
Möglichkeit, das Studium nach 4 Semestern mit einem neuartigen akademischen Grad abzuschließen	22	44	4	0	1	2	1	31
Einführung der Regelstudienzeit	15	61	6	1	3	4	4	23
Ausweitung der Mitbestimmung von Studenten in Universitätsgremien	79	81	7	2	6	7	8	15

Tabelle 7

## Angaben zur Wahlentscheidung (in %)

	RCDS	Andere poli- tisch ver- gleich- bare Grup- pen	Sozial- libe- raler HS- Ver- band	Libe- raler HS- Ver- band FDP	Andere poli- tisch ver- gleich- bare (libe- rale) Grup- pen	Unab- hän- gige	Juso HS- Gruppe	Sozia- listi- scher HS- Bund	Marxi- stischer Studen- ten- Bund	Son- stige linke Grup- pie- rungen
<b>Studenten insgesamt</b>	19	2	4	4	4	4	12	11	6	10
männlich	19	2	5	4	4	3	14	11	5	10
weiblich	17	3	2	3	5	5	8	9	6	11
evangelisch	16	1	4	5	4	4	13	11	5	9
katholisch	27	3	6	2	6	4	11	9	4	7
anderes	5	2	2	5	1	4	14	14	10	20
<b>politisches Interesse</b>										
sehr stark	15	3	3	4	3	4	13	13	8	15
stark	18	1	5	3	4	4	13	12	6	11
schwach	21	2	4	4	4	4	11	8	4	5
<b>politische Ideologie</b>										
extrem links	—	2	—	—	2	6	8	8	38	29
mitte links	3	0	4	3	3	3	21	19	7	14
schwach links	19	2	5	6	5	3	12	10	2	8
mitte	36	7	2	2	6	8	6	5	3	3
schwach rechts	50	2	5	1	5	6	1	—	1	4
<b>Fachsemester</b>										
1 und 2	20	1	4	4	2	4	15	6	6	12
3 und 4	21	2	4	3	5	3	11	10	5	11
5 bis 7	20	3	5	5	5	4	13	10	6	8
8 bis 11	18	2	4	3	5	4	13	11	6	11
12 und mehr	11	1	2	5	5	5	9	20	3	9
<b>Fachbereiche</b>										
Math.-Nat.	15	1	4	3	6	4	13	12	6	12
Wiso	14	2	8	5	6	3	13	11	9	11
Medizin	22	5	5	3	4	8	7	6	4	9
Phil.	18	2	3	3	3	4	17	11	4	11
Theol. *)	29	3	—	—	—	—	13	10	3	3
Jura	26	3	3	8	2	6	15	11	3	7
Technik	24	—	5	1	4	1	14	11	1	4
Kunst *)	23	—	5	9	9	—	—	—	5	23

\*) Angaben sind unzuverlässig wegen zu geringer Fallzahlen

tischer-Studenten) eine Problemlösungskompetenz für bestimmte hochschulpolitische Fragen zugesprochen, wobei sich die Abstände zu linken Gruppierungen dann etwas vergrößern, wenn es sich um konkrete Probleme des Studiums und der Lebensbedingungen bei Studenten handelt. Als Gegenpol zum RCDS im linken Bereich scheint sich mehr und mehr die Juso-Hochschulgruppe herauszukristallisieren, die trotz ihrer vergleichsweise geringen Bekanntheit ein ausgeprägtes Profil in der Lösungskompetenz besitzt, wahrscheinlich bedingt durch den Namen und die Affinität der Gruppe zur SPD. Bedeutsamer als diese Polarisierung erscheint jedoch die Tatsache, daß die meisten Befragten gar nicht in der Lage waren, eine hochschulpolitische Gruppierung zu nennen, die sich jeweils für die Lösung von hochschulpolitischen Problemen im Sinne des Befragten einsetzt (vgl. Tab. 6 u. 7).

Diese Orientierungslosigkeit bezüglich Personen oder Gruppen im Hochschulbereich macht es notwendig, politisches Verhalten und politische Einstellungen im Hochschulbereich nach politischen Einstellungen und politischem Verhalten auf anderen politischen Ebenen auszurichten. Sie ist Folge und Beschleuniger eines ideologischen Klimas an den Hochschulen, das durch zwei gegensätzliche

Strömungen gekennzeichnet ist: Auf der einen Seite eine organisatorische und ideologische Dogmatisierung von Haltungen derjenigen Studenten, die eigenes politisches Engagement im Hochschulbereich als systempolitisches Handeln verstehen; auf der anderen Seite eine bewußte Theorieabstinenz und ein Problemlösungspragmatismus sowohl derjenigen, die an konkreten Problemlösungen arbeiten, als auch bei der Masse derjenigen, die davon betroffen sind — von den Problemen und auch von deren Lösungen.

Im Problemlösungspragmatismus treffen sich Nachklang einer Bewegung, Lernprozeß aus vergangenem (schon historischem) vergeblichem Diskurs, mit der Notwendigkeit des Faktischen und der Anforderung aus der Aktualität der Probleme. Es liegt nahe, hierin das Resultat einer Disziplinierung durch die Probleme zu sehen, in gewisser Weise ein Spiegelbild der politischen Großwetterlage. Aus dieser Disziplinierung des Verhaltens auf eine „Tendenzwende“ in der politischen Orientierung zu schließen, erscheint jedoch voreilig und einseitig, solange diese nicht von einer entsprechenden Veränderung der Einstellungen und Überzeugungen gestützt wird. Hier stellt sich die Frage nach der Beziehung der Studenten zum politischen System der Bundesrepublik.

### III. Einstellungen zum politischen System der Bundesrepublik

Die Studenten gehören erfahrungsgemäß zu der Bevölkerungsgruppe, die sich mit Abstand am meisten für Politik interessiert. Dies bestätigt sich darin, daß über die Hälfte der befragten Studenten stark bzw. sehr stark an Politik interessiert sind, weniger als 10 % sind wenig oder überhaupt nicht an Politik interessiert. Damit hat sich im Vergleich zu 1968 am (verbal bekundeten) allgemeinem politischen Interesse der Studenten wenig geändert. Je nach Gruppierung ist das politische Interesse innerhalb der Studentenschaft unterschiedlich. Wie in der Gesamtbevölkerung sind Männer wesentlich stärker interessiert als Frauen; politisches Interesse wird dann häufiger, je älter der Befragte ist und je länger er studiert. Besonders häufig findet sich politisches Interesse bei Studenten der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen sowie der juristischen Fakultäten, am wenigsten bei den Medizinern (vgl. Tab. 8).

Die maximal ausschöpfbare Quote von zu interessierenden Studenten scheint während der Studentenbewegung erreicht gewesen zu sein, hat sich in der Folge aber bis heute kaum verringert. Verringert hat sich allenfalls das Interesse an konkreter politischer Aktion. Grundsätzlich ist in den letzten Jahren wohl nicht so sehr eine Veränderung in der politischen Interessiertheit der Studentenschaft, sondern ein deutlich steigendes politisches Interesse in der übrigen Bevölkerung das bemerkenswerte Ergebnis oder zumindest eine zeitliche Folge der Studentenbewegung. Im Rückblick auf die Studentenbewegung bleibt von größerer Bedeutung als die Interessiertheit selbst die Frage, mit welcher politischen Ideologie, mit welcher Verhaltensdisposition politisches Interesse heute verbunden ist.

Die Befragten waren aufgefordert, sich entsprechend ihrer politischen Ansichten auf einem Rechts/Links-Kontinuum einzuordnen, das

Tabelle 8

**Politisches Interesse von Jugendlichen,  
Studenten und der Gesamtbevölkerung**

		Politisches Interesse		
		stark	mäßig	schwach
Gesamtbevölkerung	1974 **)	24 %	42 %	34 %
	1968 *)	14 %	38 %	48 %
Jugend	1974	29 %	46 %	25 %
	1968 *)	25 %	41 %	34 %
Studenten	1974	54 %	37 %	9 %
	1968 *)	56 %	35 %	9 %

\*) Zahlen entnommen aus: Max Kaase, Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 2, München 1971, S. 119 ff.

\*\*\*) Repräsentativumfrage des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Erhebungsinstitut: GETAS, Bremen.

von rechts (10) über die Mitte (0) bis links (10) nach Intensität abgestuft war. Nur 16 % der Befragten ordnen sich auf dem rechten Teil der Skala ein, 11 % rechnen sich der Mitte zu, während 76 % auf dem linken Teil des Kontinuums ihren Standort sehen. Damit unterscheiden sich die Studenten erheblich von der Gesamtbevölkerung, die sich tendenziell wesentlich stärker auf gemäßigt linke und gemäßigt rechte Positionen bezieht. Jedoch sind die Differenzierungen auch innerhalb der Studentenschaft erheblich. So geht die Orientierung besonders stark nach links bei Erstsemestrigen und bei Höhersemestrigen, während mittlere Semester eher zu gemäßigten Standorten tendieren. Der Linkstrend bei den älteren Semestern mag dabei als Nachklang der vergangenen Protestgeneration gelten, derjenige unter jüngeren Semestern ist zumindest überraschend und mag eher als Reaktion auf die stark sozialisierende Wirkung des neuen Kontextes Universität verstanden werden, zu dem sich eine möglicherweise kritische Distanz erst entwickeln muß; darin etwa den Beginn einer neuen linken Protestgeneration zu sehen, wäre zwar nicht von der Hand zu weisen, aber nichtsdestoweniger kaum mehr als vage Spekulation. Es liegt dagegen wieder im Bereich des Möglichen, daß Studenten politisierter Fachbereiche wie der wirtschafts- und sozialwissen-

schaftlichen und philosophischen Fachbereiche am stärksten nach links tendieren, und daß bei Juristen und Medizinern der Linkstrend nur schwach bleibt.

Entsprechend dieser generellen ideologischen Ausrichtung gestalten sich die Parteipräferenzen der Studenten: 46 % der Befragten würden der SPD ihre Erststimme geben, 21 % der CDU/CSU, 10 % der FPD, 3 % der DKP, 3 % würden nicht wählen, 2 % sind unentschieden, 12 % verweigerten die Angabe. Der Anteil der CDU/CSU ist bei den Zweitstimmen gleich hoch, der der SPD verringert sich auf 39 %, während sich für die FDP eine Steigerung auf 18 % ergibt. Die DKP bleibt auch in den Zweitstimmen unterhalb der 5 Prozentmarge, die Angabe zur Zweitstimme verweigerten 18 %.

Bei einer Gruppierung der Studenten nach einigen formalen Kategorien, die gerne zur Erklärung oder Beschreibung von Wahlverhalten herangezogen werden, ergeben sich einige Besonderheiten. So ist der Anteil der CDU/CSU-Wähler besonders hoch bei katholischen Studenten (33 %), niedriger bei den Protestanten (16 %) und sehr niedrig (5 %) bei konfessionslosen Studenten. Hier ist auch die Verweigerungsquote sehr hoch (33 %). SPD- und DKP-Wähler finden sich vergleichsweise häufig unter politisch stark interessierten Studenten; der Anteil der FDP-Wähler ist dort besonders niedrig. Eine Differenzierung nach Altersgruppen ist vorhanden, aber nicht sehr deutlich. Während DKP-Präferenzen in allen Altersgruppen ähnlich häufig geäußert werden, zeigt sich eine leichte Tendenz zugunsten von SPD und FDP bei älteren Studenten; CDU-Präferenzen finden sich etwas häufiger bei jüngeren Studenten. Unterscheidet man noch nach Studienrichtung, ist der Anteil der CDU/CSU-Wähler vergleichsweise hoch bei den Juristen und Theologen; Mediziner wählen besonders häufig FDP: Studenten der philosophischen und wirtschafts-sozialwissenschaftlichen Fachbereiche wählen besonders stark die SPD.

In der Tendenz das gleiche Bild — sowohl was die Strukturierung des Wählerpotentials als auch die Höhe der Stimmenanteile der Parteien anbetrifft — zeigt sich im Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1972, das in der Rückerinnerung erfragt wurde. Zwar erhielt damals die SPD 4 % mehr an Zweitstimmen, jedoch ist davon auszugehen, daß sowohl die zur Zeit noch Unentschlossenen als auch die „Verweigerer“ überwiegend

SPD wählen. Die Stimmenfluktuation zwischen den Parteien ist vergleichsweise sehr niedrig, wenn man von Erfahrungswerten mit der Gesamtbevölkerung als auch mit Jungwählern allgemein ausgeht. Die im Prinzip vergleichsweise hohe Quote von Stammwählern ist bei SPD und besonders bei der FDP deshalb kleiner als bei der CDU, weil der Austausch zwischen den Parteien der Koalition relativ groß ist.

Studenten erscheinen also eher als jeweils stabiler Wählerblock denn als typische Wechselwähler, obwohl 37 % der Befragten angeben, keiner Partei besonders verbunden zu sein — eine parteipolitische Indifferenz, die sich besonders oft bei politisch uninteressierten Studenten findet. FDP-Wähler besitzen, bei den Studenten ebenso wie bei der Gesamtbevölkerung, vergleichsweise selten eine enge Bindung an die Partei ihrer Wahl (38 %), während SPD und CDU über einen größeren Kreis von Parteianhängern verfügen (60 % bzw. 55 %).

Wenn trotz verbreiteter parteipolitischer Indifferenz ein vergleichsweise stabiles Wahlverhalten zu beobachten ist, hat dies seinen Grund darin, daß die ideologische Ausrichtung der Studenten eindeutig nach links tendiert und die Koalitionsparteien in diesem Rechts/Links-Spektrum die politischen Orientierungen der Studenten abdecken können. Die CDU/CSU liegt weitgehend außerhalb des Bereichs, der der politischen Orientierung der Studenten entspricht. Stabilisiert wird die Parteipräferenz zudem durch ein tendenziell verzerrtes Bild von den jeweils nicht präferierten Parteien, je weiter sie vom eigenen politischen Standort entfernt sind. SPD-Wähler unter den Studenten sehen z. B. die CDU weiter „rechts“ als dies FDP-Wähler oder CDU-Wähler tun. CDU-Wähler sehen die SPD weiter links als die SPD-Wähler und die FDP-Wähler. Geht man von der Selbsteinschätzung der Befragten anhand einer Rechts-Links-Skala aus, werden die Parteien am jeweils nicht präferierten Ende des Spektrums in extremeren Positionen gesehen, je weiter man selbst einer extremen Position zuneigt. Die eigene Partei wird dagegen bevorzugt in die politische Mitte gerückt. Dies ist einem „Feindbild-Mechanismus“ vergleichbar, der eine Fluktuation zwischen Orten der politischen Orientierung und Wahlentscheidung durch verzerrte Wahrnehmung verstärkt verhindert.

Obwohl sich also offensichtlich in der prinzipiellen ideologischen Ausrichtung wie auch

besonders in den Parteipräferenzen weniger zumindest geändert hat, als manche Apologeten von Tendenzwenden glauben machen, hat sich im Vergleich zu 1968 doch ein bedeutsamer Wandel vollzogen: Während 1968 48 % der Studenten angaben, keiner Partei besonders verbunden zu sein, sind es 1975 nur 37 %. Offensichtlich wird heute nicht nur das Spektrum politischer Überzeugungen, sondern auch das Bedürfnis nach Transparenz im demokratischen politischen Willensbildungsprozeß durch die Parteien und die gegenwärtige Rollenverteilung zwischen den Parteien besser abgedeckt als zur Zeit der Großen Koalition.

Das Bedürfnis nach Transparenz im politischen Entscheidungsprozeß ist zwar nur ein Aspekt — vielleicht jedoch der entscheidende — eines im Verlauf der letzten Jahre sensibilisierten allgemeinen politischen Bewußtseins unter den Studenten. Es ist zur Zeit der Studentenbewegung und auch vorher schon oft genug herausgestellt worden, daß die akademische Jugend eine vergleichsweise positive Einstellung zu demokratischen Werten und Prinzipien allgemein wie auch zum politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik entwickelt hat und hatte. Die aus Umfragen ersichtliche eindeutige Ablehnung des Nationalsozialismus, die Zustimmung zum Parteienpluralismus und die — wenn auch reservierte — positive Einstellung zur demokratischen Verfassung der Bundesrepublik lassen die Grundhaltung in der akademischen Jugend heute wie vordem demokratischer erscheinen als die der übrigen Bevölkerung<sup>19)</sup>. Darin drückt sich der mehrfach beobachtete Zusammenhang aus, daß reflektierende Kritik als auch die Internalisierung und Akzeptierung demokratischer Spielregeln vom Bildungsniveau abhängig sind<sup>20)</sup>.

Mag die demokratische Einstellung von Studenten vor der Studentenbewegung ein Korrelat des höheren Bildungsstandards, Ausdruck eines indoktrinierten formalen Staatsbürger- und Demokratieverständnisses gewesen sein; heute jedenfalls besitzen demokrati-

<sup>19)</sup> Vgl. dazu Max Kaase, Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band 2, München/Wien 1971, S. 119 ff.

<sup>20)</sup> Dadurch ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß sich, wie zur Zeit der Studentenbewegung, eine Tendenz im Nachwuchs des Bildungsbürgertums konkretisiert, „Demokratie“ radikal neu zu definieren und die etablierten Spielregeln ad absurdum zu führen.

sche Werte und Prinzipien offenkundig auch eine Bedeutung als kritischer Maßstab zur Rezeption politischer Wirklichkeiten. Die fundamentale Infragestellung der formalen Prinzipien des politischen Systems der Bundesrepublik durch eine radikale Minderheit hat zu einer breiteren und reflektierteren Akzeptierung des Konzeptes von Demokratie geführt, wie es in der Bundesrepublik verwirklicht ist, gleichermaßen aber auch zu einer größeren Sensibilität gegenüber politischen Details, Defiziten und Mängeln einer politischen Wirklichkeit, die heute von der überwiegenden Mehrheit weitaus differenzierter gesehen wird als noch vor Jahren.

1968 z. B. hielten 50 % der Studenten die studentische Kritik am politischen System der Bundesrepublik für gerechtfertigt, weitere 32 % zumindest für teilweise gerechtfertigt; 1975 sind es nur noch 32 %, die der Kritik ohne Einschränkung zustimmen, und 37 %, die sie teilweise für gerechtfertigt halten. Den-

noch bleibt die Grundhaltung kritisch — dies um so eher, je größer das politische Interesse des Studenten und je ausgeprägter seine Linksorientierung ist. Als kennzeichnende Ansatzpunkte für die Kritik am politischen System stehen heute auch nicht so sehr prinzipielle Bezüge, als vielmehr Kritik an konkreten Politikbereichen, insbesondere Bildungspolitik und Sozialpolitik. Dabei kristallisieren sich die „gerechte Vermögensverteilung“ und besonders die „Chancengleichheit“ als zentrale Begriffe heraus (vgl. Tab. 9).

So zeigt sich eine ausgeprägte Sensibilität für und konkrete Vorstellungen über nichtverwirklichte Chancengleichheit, wenn man nach privilegierten und unterprivilegierten Gruppen in der Gesellschaft der Bundesrepublik fragt. 83 % der Befragten sind der Meinung, daß es privilegierte Gruppen gibt, die „mehr bekommen als ihnen zusteht“, 72 % sehen unterprivilegierte Gruppen, „die weniger bekommen, als ihnen eigentlich zusteht, oder denen sogar grundlegende Rechte vorenthalten werden“. Die Skepsis ist wiederum um so deutlicher, je größer das politische Interesse und je stärker die Linksorientierung ist (vgl. Tab. 10 u. 11).

Bei privilegierten Gruppen wird mit Abstand zuerst Bezug genommen auf die „Kapitalisten“ (47 %), dann folgen die Ärzte (23 %), die politische Elite (16 %) und Beamte (12 %). Es entspricht dabei der eingangs beschriebenen Einschätzung von Erfolgskriterien in unserer Gesellschaft, daß hier „Privilegien durch Herkunft“ nur relativ selten (6 %) erwähnt werden.

Auf der Seite unterprivilegierter Gruppen stehen bezeichnenderweise „die Arbeiter“ an der Spitze der Nennungen (30 %). Es folgen „Gastarbeiter“ (21 %), „sozial schwache Gruppen“ (14 %), „Rentner“ (12 %) und „Frauen“ (11 %). 5 % der Befragten sehen „Studenten“, also sich selbst, als unterprivilegiert an.

46 % der Studenten stimmen ohne Einschränkung der Ansicht zu, daß auch vor Gericht Privilegien maßgebend seien, der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz also zumindest eingeschränkt sei. Diese Detailkritik ist im Vergleich zu 1968 besonders stark vorhanden; damals waren es nur 29 %, die diese Meinung vertraten. Rechnet man diejenigen hinzu, die mit Einschränkung zustimmen, stehen heute 74 % (1968: 64 %) mit einiger Skepsis der Jurisdiktion in der Bundesrepublik gegenüber. Diese Skepsis setzt sich fort in der Einstellung zum Bundesverfassungsgericht. 43 %

Tabelle 9

**Frage: In den letzten Jahren ist in Studentenkreisen häufig Kritik am politischen System der Bundesrepublik geübt worden. Halten Sie persönlich diese Kritik für gerechtfertigt oder nicht gerechtfertigt?**

	Kritik ist:		
	gerechtfertigt	teils/teils gerechtfertigt	nicht gerechtfertigt
<b>Studenten insgesamt</b>			
1975	32	37	31
1968	50	32	18
<b>politisches Interesse</b>			
sehr stark	48	29	23
stark	35	38	27
schwach	24	39	37
<b>politische Ideologie</b>			
extrem links	75	19	6
mitte links	46	36	19
schwach links	28	42	30
mitte	15	42	42
schwach rechts	14	35	31

Tabelle 10

Frage: Glauben Sie, daß es Bevölkerungsgruppen gibt, die ungerechtfertigt eine bevorzugte Stellung in unserer Gesellschaft haben?

	es gibt: bevorzugte Gruppen			benachteiligte Gruppen		
	ja	kommt darauf an	nein	ja	kommt darauf an	nein
Studenten insgesamt	83	7	8	72	7	15
<b>politisches Interesse:</b>						
sehr stark	88	5	4	80	5	12
stark	83	7	7	76	7	13
schwach	75	8	10	66	7	17
<b>politische Ideologie:</b>						
extrem links	93	2	4	93	4	3
mitte links	90	4	4	84	5	8
schwach links	84	6	6	73	7	14
mitte	72	14	12	64	10	18
schwach rechts	69	10	13	55	9	28

Tabelle 11

Bevorzugte und benachteiligte Gruppen in der Bundesrepublik (in %)

Häufigste Nennungen *) bevorzugter Gruppen	Häufigste Nennungen *) benachteiligter Gruppen		
Kapitalisten allgemein	47	Arbeiter allgemein	30
Ärzte, Apotheker	23	Gastarbeiter	21
politische Elite	16	sozial schwache Gruppen allgemein	14
Beamte allgemein	12	Rentner	12
Wirtschaftselite	11	Frauen	11
Oberschicht allgemein	7	Behinderte	7
Erben von Unternehmen	6	weibliche Arbeitskräfte	7
Privilegierte durch Herkunft	6	Häftlinge	5
Akademiker allgemein	5	Studenten	5
Professoren	2	Jugendliche, Schüler, Lehrlinge	5
		Alte Menschen allgemein	4
		Ausländer allgemein	3
		politische Minderheiten	2

\*) Mehrfachnennungen erlaubt

sind nicht der Meinung, das Bundesverfassungsgericht werde es „zu verhindern wissen, sollten Bundestag und Bundesregierung einmal etwas tun wollen, was mit unserer Verfassung und unserer Rechtsordnung nicht übereinstimmt“. Ähnlich kritisch steht man der Kontrollfähigkeit des Bundestages gegenüber: 38 % sind heute nicht der Meinung, daß „der Bundestag in Bonn alles tut, um die Bundesregierung wirksam zu kontrollieren“.

Die Notwendigkeit von Führungseliten in einer Demokratie wird wesentlich stärker in Zweifel gezogen als noch 1968. Gleichzeitig werden politische Vorrechte für eine politische Elite eindeutig (eindeutiger als 1968) abgelehnt. Hier treffen sich Abneigung gegen geschichtlich belastete Begriffe wie „Elite“ mit einem Konzept von Demokratie, daß starke plebiszitäre Elemente enthält (vgl. Tab. 12 u. 13). Dies liegt ebenfalls auf der Linie einer gesteigerten Sensibilität gegenüber nicht kontrollierbaren Machtstrukturen, wie auch eines zwar kritisierbaren, so doch nichtsdestoweniger kritischen Demokratieverständnisses.

Diese Betonung demokratischer Werte und Prinzipien mit einem Faible für plebiszitäre Willensbildung und Interessenartikulation kommt auch deutlich in den Einstellungen der Studenten zu unkonventionellen Möglichkeiten politischer Partizipation zum Ausdruck. Ein Vergleich mit Erfahrungswerten aus der Gesamtbevölkerung macht deutlich, daß bei Studenten hinsichtlich der Bewertung von Beteiligungsformen, deren eingeschätzter Wirksamkeit wie auch der tatsächlichen und potentiellen Beteiligungsquote eine weitaus partizipativere Haltung zu finden ist als in der übrigen Bevölkerung. Innerhalb der Studen-

tenschaft selbst sind es erwartungsgemäß gerade die politisch Interessierten, die einzelne Aktivitäten jeweils besonders befürworten, für wirksam halten und sich auch beteiligen würden. In die gleiche Richtung zeigt der Trend, wenn man nach der politischen Ideologie differenziert; je stärker die Orientierung nach links tendiert, desto positiver beurteilt man die einzelnen Verhaltensweisen. Zwar werden illegale Formen wie Gewalt gegen Personen oder Sachen nur von einer kleinen Minderheit akzeptiert, jedoch sind die bezeichneten Zusammenhänge immer erkennbar. Was für den Bereich der Partizipation in der Hochschule gilt, gilt auch hier: Die Spielregeln von Gruppen, die sich außerhalb des verfaßten demokratischen Reglements befinden, liegen keinesfalls außerhalb der Zustimmung oder zumindest der prinzipiellen Duldung eines großen Teils der Studentenschaft: Nur einer von zehn Studenten lehnt Beteiligung an Unterschriftenaktionen oder genehmigten Demonstrationen ab, 32 % befürworten wilde Streiks, 42 % halten diese auch für wirksam, und jeder vierte würde sich gegebenenfalls daran beteiligen. Die Lahmlegung des Verkehrs durch eine Demonstration findet noch eine wesentlich breitere Zustimmung. Die Besetzung von Fabriken, Ämtern oder Behörden etc. wird von jedem vierten Befragten befürwortet; 39 % halten diese Verhaltensweisen für wirksam zur Durchsetzung von Interessen und 16 % würden sich gegebenenfalls daran beteiligen. Aktivitäten im Grenzbereich kriminellen Handelns kommen zwar nur für ca. 4 % der Befragten in Frage, jedoch verdeckt hier die Relation natürlich die faktische Wirkung der Aktivitäten von Minderheiten.

Tabelle 12

**Frage: Obgleich im Grundgesetz die Gleichheit aller vor den Gesetzen garantiert ist, hört man häufig die Ansicht, daß Angehörige der höheren Gesellschaftsschichten vor Gericht bevorzugt behandelt werden.**

**Stimmen Sie dieser Ansicht zu oder nicht?**

	Studenten insgesamt		politisches Interesse			politische Ideologie				
	1968	1975	sehr stark	stark	schwach	extrem links	Mitte links	schwach links	Mitte rechts	schwach
stimme zu	29	46	60	46	40	82	57	44	29	32
stimme mit Einschränkung zu	35	28	19	28	32	8	26	29	33	31
stimme nicht zu	36	20	17	20	20	5	11	21	28	32

Frage: Man hört oft die Ansicht, daß zu einer funktionierenden Demokratie eine Führungselite gehört. Teilen Sie diese Ansicht?

		nein	ja	Wenn Führungselite bejaht:	
				Elite sollte besondere Vorrechte haben	Elite sollte keine besonderen Vorrechte haben
Studenten	1968	25	70	12	65
	1975	44	50	17	78
<b>politisches Interesse</b>					
	sehr stark	53	44	19	77
	stark	47	49	16	80
	schwach	39	53	17	77
<b>politische Ideologie</b>					
	extrem links	79	17	25*)	69
	Mitte links	55	39	18	79
	schwach links	44	52	14	82
	Mitte	32	63	19	74
	schwach rechts	20	75	18	75

\*) Angaben sind unzuverlässig wegen zu geringer Fallzahlen

## Schlußfolgerungen

Betrachtet man die Befunde zusammenfassend unter der Perspektive der eingangs gestellten Fragen, zeichnen sich folgende Konturen ab:

Man kann davon ausgehen, daß das demokratische System der Bundesrepublik in der Beurteilung differenzierter gesehen wird. Auf der einen Seite werden Detailspekte der politischen Wirklichkeit kritischer gesehen als 1968 — sicherlich eine Konsequenz der Diskussionen in den letzten Jahren und eines dadurch verstärkten Problembewußtseins —, auf der anderen Seite findet sich heute jedoch offensichtlich eine größere Bereitschaft, das demokratische politische System der Bundesrepublik in seinen Grundlagen zu akzeptieren. Die Diskrepanz zwischen der Betonung demokratischer Werte und Prinzipien auf der einen Seite und der Kritik an politischen Wirklichkeiten in der Bundesrepublik auf der anderen Seite erhält jedoch dadurch ein besonderes Gewicht, daß diese Diskrepanz bei politisch interessierten Studenten besonders groß ist.

Es brauchen nicht, aber es können die gleichen sein, die in ihren Fachbereichen vor schlechte berufliche Aussichten gestellt sind. Einer Disziplinierung des politischen Interesses und der politischen Aktivitäten gerade dieser Gruppe dürfte auf Dauer kein Erfolg beschieden sein, wenn sich Frustration im sozioökonomischen Lebensbereich mit reflektierter Distanz zum politischen System trifft. Vielmehr dürfte die Aktualität der Probleme, d. h. die zeitweilig disziplinierende Wirkung des Faktischen, lediglich den Ausgangspunkt der Tendenz verdecken, das politische System der Bundesrepublik diesmal nicht nur auf normativ-ideologischer Ebene in Frage zu stellen, sondern zudem noch mit einem besser zu belegenden Verweis auf seine Unfähigkeit, aktuelle konkrete politische Probleme zu lösen. Der wesentliche Aspekt einer Beziehung zwischen Bildungs- und anderen Krisen auf der einen und politischem Bewußtsein auf der anderen Seite liegt also im längerfristigen Krisenpotential.

Die kurzfristige Beziehung, die direkte gegenseitige Bedingtheit zwischen Bildungskrise und politischem Bewußtsein ist nicht eindeutig zu beurteilen. Es dürfte jedoch schwerhalten, der heutigen Studentengeneration politische Profillosigkeit vorzuwerfen, ohne darauf zu verweisen, daß jede „Generation“ ihre eigenen politischen Probleme zu bewältigen hat. Diese Probleme stellen sich heute anders dar als vor einigen Jahren. Das politische Bewußtsein der Studenten heute ist kritischer und differenzierend genug, um im nachfolgenden Lernprozeß einer protestierenden Bewegung zu stehen, so wenig partizipativ und dynamisch in der Aktion, als daß sich nicht erste Konsequenzen einer Verhaltensdisziplinierung zeigen — sicherlich zuerst eine Disziplinierung des oft zitierten Sachzwangs, (noch) nicht so sehr einer bewußten „Repression des politischen Systems“. Die Bildungsmisere ist nicht lediglich ein bildungspolitisches Problem, genausowenig wie politischer Protest von damals und fehlender Protest heute eine Frage der politischen Disziplinierung sein konnte und kann. Es geht heute in der Bildungspolitik exemplarisch um die Legitimation des politischen Systems in der Sachkompetenz, nicht mehr wie vordem in der Wertkompetenz, wobei die Herausforderung der Sache der entsprechenden Herausforderung durch die Personen noch vorausgeht, aber letztere wird sicherlich folgen, wenn der Herausforderung der Sache nicht begegnet wird<sup>21)</sup>. Aus Orientierungslosigkeit vielleicht, vielleicht auch aus Pragmatismus, hat man protestierende Partizipation ad acta gelegt, jedoch kaum endgültig, eher griffbereit. Es kann nicht übersehen werden, daß dieser Pragmatismus nicht zuletzt darin begründet liegt, daß seine Notwendigkeit von dem nahegelegt wurde, was man mit dem diffusen Begriff der „sozioökonomischen Rahmenbedingungen“ umschreibt, und auch von den präferierten Parteien propagiert wird. Es gibt somit keine Alternative, als Politik im Rahmen der Institutionen zu machen. Protest und Engagementbereitschaft konnten in der Folge des vormaligen Regierungswechsels absorbiert, kanalisiert und wohl auch diszipliniert werden. Der Regierungswechsel brach also in gewisser

<sup>21)</sup> In diese Richtung weisen einige Besonderheiten der Studentenproteste in Frankreich jüngeren Datums, die sich gegen das bildungspolitische Konzept der Regierung richten. Soweit überhaupt eine ideologische Fundierung der Aktivitäten vorhanden ist, ist sie von eher zweitrangiger Bedeutung.

Weise die Studentenbewegung. Hat er aber auch zu einer „Tendenzwende“ geführt?

Will man die heutige Situation in der Studentenschaft charakterisieren, ist es mehr denn je notwendig, nach verschiedenen Bereichen des politischen Verhaltens zu differenzieren. Der im Ansatz erkennbare Trend zu hochschulpolitischen Gruppierungen, die den demokratischen Parteien nahestehen, ist kaum der Startpunkt eines neuen Konservatismus, der in die Richtung einer verstärkten Präferenz von Parteien auf dem rechten Teil des politisch-ideologischen Spektrums hinzielt. Die parteipolitische Orientierung der Studenten bleibt vielmehr, wie vormalig, ziemlich eindeutig auf die SPD bzw. die FDP fixiert. Nicht zuletzt diese Fixierung, die sich ja auf Parteien in der Regierungsverantwortung bezieht, mag verantwortlich dafür sein, daß die Einstellung zum politischen System trotz detaillierter geäußerter Kritik im wesentlichen von einem gewissen Pragmatismus gekennzeichnet ist.

Die so oft zitierte Tendenzwende in der politischen Orientierung der Studenten (die wievielte eigentlich nach der Studentenbewegung?) ist ähnlich offensichtlich wie sie schwierig inhaltlich zu erfassen und zu bestimmen ist. Mit einiger Sicherheit läßt sich sagen, was sie nicht ist: Ein Trend zu einem neuen Konservatismus, der sich an einer Präferenz von Parteien auf dem traditionell rechten Bereich des politischen Spektrums orientiert. Wie sie ist. Vielleicht eine Konsolidierung auf der Position eines gemäßigten Links-Liberalismus, nicht eine Veränderung von politischen Einstellungen, sondern eine Verlagerung gleicher oder zumindest ähnlicher Einstellungen von deren Artikulation in die Latenz. Soweit dies Ausdruck einer Disziplinierung ist, ist es eine Disziplinierung vielleicht des Verhaltens, jedoch nicht der Verhaltensdisposition. Eine Verlagerung vollzieht sich von der Unkonventionalität auf die Konventionalität des Verhaltens, weil die persönlichen Freiräume des Verhaltens enger geworden sind.

Aus der „Systemperspektive“ ist es kurzfristig sicherlich „einfacher“ für das „politische System“, wenn es diese engen Freiräume setzt. Auf längerer Sicht kann es nur zu einem Stau von Konflikten führen, weil sie nicht deutlich genug artikuliert und die Dringlichkeit von Problemlösungen verdrängt werden. Es verlängert die Ruhe vor dem, was ein erfrischender Wind sein und was ein zerstörerischer Sturm werden könnte.

## **Gerd Langguth: Protest von links. Die Studentenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1967—1976**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/77, S. 3—24

Unbestreitbar gehört die studentische Protestbewegung — ein Phänomen der gesamten westlichen Welt — zu den wichtigsten Ereignissen deutscher Nachkriegsgeschichte. Sie veränderte die politische Kultur sowohl in der Bundesrepublik als auch in anderen westlichen Ländern nicht unmaßgeblich. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich ausführlich mit der Entstehung der Studentenrevolte und ihren Ursachen und weist nach, daß die einstige Protestbewegung, deren Motor der SDS war, eine Gemeinschaft mit relativ vagen politischen Vorstellungen darstellte, daß die revolutionäre Sprengkraft des SDS durch die Ablehnung der bestehenden Gesellschaftsordnung und nicht durch eine Vorstellung über das „Wie“ und „Wohin“ einer möglichen Veränderung der kritisierten Gesellschaft zu erklären ist.

Die vorwiegend von Oberschülern und Studenten geprägte Protestbewegung, die hinsichtlich ihrer Wertvorstellungen sehr stark von romantischen, antiindustriellen und anti-technischen Zügen bestimmt war, löste sich in die folgenden wichtigsten ideologischen Gruppierungen auf: dogmatisch-marxistisch-leninistische Gruppen maoistischer Couleur, dogmatisch-kommunistische Gruppen Moskauer Couleur, die Vertreter des „langen Marsches durch die Institutionen“ (Dutschke), Subkultur und eine terroristische Richtung. Dabei sind die unterschiedlichen politischen Positionen nicht immer klar voneinander abgrenzbar. Die Protestbewegung hatte auch Momente einer Modebewegung.

Die Herausforderung durch die „außerparlamentarische Opposition“ (APO) hat auch ein tiefes normatives Defizit der westlichen Demokratien und speziell der Bundesrepublik nachgewiesen, die eine in weiten Teilen der jungen Generation zu findende Sehnsucht nach Werten nicht befriedigen konnten.

## **Karl-Josef Does: Abschied vom Protest oder Ruhe vor dem Sturm? Studenten und Politik in der Bildungskrise**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/77, S. 25—45

Fassen wir die wesentlichen Aspekte der bildungspolitischen Situation in der Mitte der siebziger Jahre zusammen, dann lassen sich vier Einflußgrößen namhaft machen, die Form und Inhalt des politischen Engagements bzw. Protestes bestimmen:

1. Die bildungspolitische Lage mit ihren zunehmend deutlicher wahrgenommenen negativen Auswirkungen. Es ist auffallend, daß die hier bestehenden politischen Verantwortlichkeiten in so geringem Maße in der Öffentlichkeit kritisch dargestellt werden. Die Möglichkeit zum Abbau persönlicher Zwänge und Widrigkeiten sieht man (noch) in der Anpassung an die gegebenen Bedingungen, was letztlich gleichbedeutend ist mit einer Verminderung des politischen Engagements.
2. Gleichwohl existiert ein breites Protestpotential, das in der Erfahrungstradition der Studentenbewegung steht. Die Methoden sind heute ähnlich unkonventionell; eine Interessenartikulation, die außerhalb der Legalität liegt, wird von weiten Teilen der Studentenschaft akzeptiert. Geändert hat sich allerdings die Zielrichtung der Kritik: Sie richtet sich nicht mehr so sehr gegen die politisch-gesellschaftliche Ordnung als Ganzes, indem ihre Legitimität fundamental in Frage gestellt wird, sondern zunehmend auf konkrete Defizite demokratischer Wirklichkeit, wie z. B. auf Ungleichheiten sozialer Chancen.
3. Diese Verschiebung in der Zielrichtung wie die unpolitische Anpassung an „Sachzwänge“ sind sicherlich nicht zuletzt durch die seit 1969 bestehende Verteilung von Regierungs- und Oppositionsrolle in der Bundespolitik bedingt. Selbst wenn die anfängliche Euphorie verfliegen ist und sich Anzeichen von Resignation mehren, kommt es kaum zu einer „neuen Kritik gegen Rechts“, sondern zu einem Rückgang politischen Interesses und Engagements. Die vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung der Jungwähler an der Bundestagswahl 1976 ist dafür ein verlässliches Indiz.

4. So mobilisierend das Stichwort „Reform“ Anfang der siebziger Jahre wirkte, so desillusionierend muß es letztlich sein, wenn im Zusammenhang der verschiedensten Krisen die prinzipielle Kritik an der politischen Illusion den „Zeitgeist“ bestimmt. Einsicht in die Grenzen des „Machbaren“ trifft sich mit der Selbstgewißheit derjenigen, die es „immer schon gewußt“ haben. Skepsis war die herrschende Stimmungslage in den „Zeitgeist“ produzierenden und reproduzierenden Gazetten, die allenthalben zur Suche nach der Tendenzwende aufbrachen.

Ob das latente Protestpotential wieder manifest wird, hängt nicht von einer einzelnen Ursache ab, genausowenig, wie politische (Selbst-)Disziplinierung in einem Einzelaspekt der politischen Atmosphäre (z. B. dem „Radikalenerlaß“) begründet liegt. Entscheidend ist hier wie dort das Zusammenwirken vieler Faktoren. Die Bildungskrise allein wird noch kein Protestpotential in größerem Ausmaß aktivieren können; dazu sind ihre restriktiven Konsequenzen wohl zu stark. Jedoch könnte hier der Ausgangspunkt für kumulative Wirkungen aus anderen Ursachenbereichen liegen. Kurzfristig ist es sicherlich einfacher für das politische System, die drohenden Konflikte durch die Gewährung scheinbarer Freiräume zurückzudrängen. Auf lange Sicht aber kann dies nur zu einem Stau von Konflikten führen: Solches Taktieren verlängert die Ruhe vor dem, was ein erfrischender Wind sein, was aber auch ein zerstörerischer Sturm werden könnte. Die Demokratie lebt jedoch von der Konfliktartikulation, nicht von deren Verdrängung und Unterdrückung.